

rundschreiben
01/24



medico international



Nie wieder?!

Kriegsregime und Zeitenwende | Hilfe in
Trümmern | Südafrika in Den Haag | Anti-
faschismus auf der Straße

Auf einen Blick

medico-rundschreiben 01/24

4 Editorial

DER LEITARTIKEL

6 Im Nebel der Moral

Wie man sich hierzulande an den Krieg gewöhnt



...ZWEI, DREI, VIELE KRIEGSREGIME

12 Frieden heißt Verrat

Israel nach dem 7. Oktober

16 Südafrikanisches „Nie wieder“

Klage beim Internationalen Gerichtshof gegen Israel

22 Hoch die Hände, Zeitenwende

Ukraine und die Welt im dritten Jahr des Krieges

26 Aufgerüstet für die Zukunft

Die Versichertheitlichung der Klimakrise

Impressum

Herausgeber:
medico international
Lindleystr. 15
60314 Frankfurt am Main
Tel. (069) 944 38-0, Fax (069) 436002
E-Mail: info@medico.de
Homepage: www.medico.de

Redaktion:
Mario Neumann (verantw.),
Tsafrir Cohen, Moritz Krawinkel,
Ramona Lenz, Christian Sälzer,
Anita Starosta
Gestaltung und Bildredaktion:
Andrea Schuldt
Korrektur: Silke Weidner
Fotos der Autor:innen:
medico, Privat

Februar 2024

Hinweis: Das medico-rundschreiben ist
auf 100 % Recyclingpapier gedruckt.

ISSN 0949-0876

30 **Projekte/Projektionen**
Afghanistan, Rojava, Mittelmeer

32 **Bekenntnis zur Solidarität**
Rechtsruck, Migrationspolitik
und zivile Brandmauern



DAS INTERVIEW

52 **Wir brauchen eine Ethik des Vergleichs**
Erinnerung und Politik.
Fragen an Michael Rothberg

58 **medico aktiv**
Friedenspreis, Podcast,
Feminismen und Krieg

60 **Spenden & Stiften**
+ Bestellen & Verbreiten

62 **Verbrennt Monsanto**
Letzte Seite: das medico-
rundschriften vor 25 Jahren

HILFE IN TRÜMMERN

38 **Alltäglicher Albtraum**
Ist Hilfe in Gaza noch möglich?

42 **Ein Jahr danach**
Not, Politik und Hilfe in den
syrisch-türkischen Erdbeben-
gebieten

46 **Maschinerie der Gewalt**
Über die Kontinuität der Morde
an Frauen in Ciudad Juárez

Unsere Partner:innen in der ganzen Welt
 kommentieren in einer Mischung aus Wut und
 Entsetzen die Rolle der Bundesrepublik
 beim Krieg in Gaza

Liebe Leser:innen,

häufig beginnen wir das rundscreiben an Orten wie Ramallah, Kapstadt, Kobanê, Karatschi oder Santiago de Chile. Dieses Mal beginnen wir in Unterlüß. Unterlüß liegt in der Lüneburger Heide und hat knapp 4.000 Einwohner:innen. Heute, am 12. Februar, dem Tag des Redaktionsschlusses, beginnt dort offiziell der Bau einer Munitionsfabrik des deutschen Rüstungsgiganten Rheinmetall. In Rekordzeit will dieser hier eine Fabrik hochziehen, schon ab 2025 sollen in Unterlüß jährlich bis zu 200.000 Geschosse, beispielsweise für Panzerhaubitzen, produziert werden. Zum Spatenstich durfte auch der Kanzler nicht fehlen, dessen Besuch zugleich eine politische Botschaft war. „Hier wird Scholz zum Panzer-Kanzler“ titelt beispielsweise die Bild-Zeitung. „Die Welt bestellt gerade Führung bei ihm“, schreibt sie weiter und fragt, ob er „als Einwechsel-Führer für Europa“ bereitstünde. Es ist nicht die Schuld des deutschen Regierungschefs, dass Deutschlands größte Zeitung ihn als „Einwechsel-Führer“ ins Spiel bringt. Aber es kommt darin etwas zum Ausdruck über die Stimmung im Land: Während die politische Elite sich regelmäßig Bestnoten dafür erteilt, „Lehren aus der Geschichte“ gezogen zu haben, schöpft sie daraus zugleich das Selbstbewusstsein, mit dem deutsche „Führung“ und sogar ein deutscher „Führer“ sprechbar werden: im Namen eines militaristisch gewendeten „Nie wieder“.

Diesen Verhältnissen, die in zwei Jahren Ukraine-Krieg verrückt wurden, widmen wir dieses Heft. Das sich entfaltende Kriegsregime sieht militärische Lösungen für politische Probleme vor. Wie sich darin das Eingeständnis deutscher Schuld in moralisch aufgeladene Kriegsbereitschaft wandelt, fragt sich Katja Maurer im Leitartikel und fragen wir den ameri-

kanischen Historiker Michael Rothberg im Interview. In unserem ersten Schwerpunkt schauen wir außerdem auf die Ausbreitung des westlichen Kriegsregimes und die Art, wie dieses von Südafrika und dem Völkerrecht in Den Haag auf die Probe gestellt wird. Mehr dazu im Artikel von Usche Merk, die zugleich kenntnisreich erklärt, welche Genealogie der südafrikanischen Intervention zugrunde liegt. Außerdem berichtet Ramona Lenz aus Israel, von den Realitäten nach dem 7. Oktober.



Mario Neumann
ist seit Anfang 2023
verantwortlicher
Redakteur des
medico-rundschreibens.

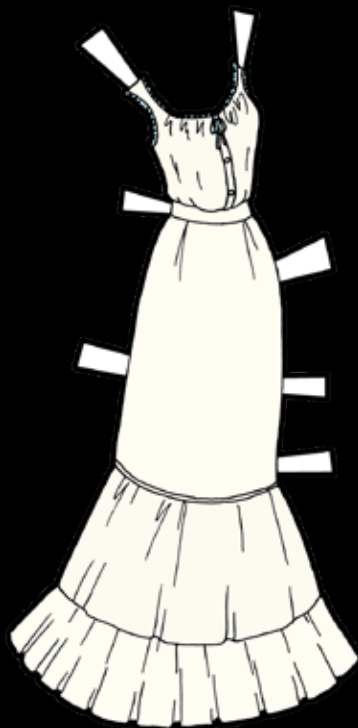
Während in Deutschland Waffenfabriken gebaut sowie Verteidigungs-etats und Sondervermögen erhöht werden, hat die Bundesregierung in ihrem neuen Haushalt den Entwicklungsetat und die humanitäre Hilfe zusammengekürzt. Den Eindruck der Bild-Zeitung, dass es einen globalen Ruf nach „deutscher Führung“ gäbe, können wir – man muss wohl sagen: glücklicherweise – nicht bestätigen. Er entspricht keinesfalls dem, was unsere Partner:innen auf der ganzen Welt uns berichten. Vielmehr kommentieren sie in einer Mischung aus Wut und Entsetzen die Rolle der Bundesrepublik beim Krieg in Gaza. Im zweiten Schwerpunkt des Heftes schauen wir – neben der Erdbebenregion in Syrien und der Türkei – eben dorthin. Die Schilderungen von Chris Whitman und Riad Othman über das Ausmaß der Katastrophe und die Gewalt in Gaza, der auch unsere Partner:innen ausgesetzt sind, sind nur schwer zu ertragen. Sie werfen Fragen für die Debatte hierzulande auf.

Es gibt aber auch gute Nachrichten aus Deutschland: Plötzlich gingen und gehen Hunderttausende auf die Straße. Die Demos, auf denen wir auch zahlreiche unserer Leser:innen vermuten, sind ein echter Hoffnungsschimmer für uns alle. Nicht nur hinsichtlich des nötigen Kampfes gegen den aufkommenden Faschismus, sondern auch dafür, die Verhältnisse hierzulande wieder etwas geradezurücken. Darüber sprachen wir für dieses Heft mit der Migrationsforscherin Manuela Bojadžijev. Und vielleicht kommt der „Frühling der Freiheit“ ja doch noch, von dem der kürzlich verstorbene italienische Philosoph und Aktivist Toni Negri in seiner Autobiografie, die zugleich ein Vermächtnis ist, spricht und den wir auf der Rückseite des Heftes zitieren.

Mario Neumann

PS: Diesem rundschreiben liegt eine Karte bei, mit der wir Sie bitten, für das rundschreiben zu werben: Bring a friend to medico. Das mag an Aktionen von Buchclub oder Fitnessstudio erinnern. Aber hier gibt es kein Kleingedrucktes. Das rundschreiben ist weiterhin kostenlos. Mit der Karte können Sie jemandem eine kostenfreie Freude bereiten und uns neue Leserinnen und Leser beschern.

Im Nebel der Moral



Wie man sich hierzulande an den Krieg gewöhnt. Der Leitartikel

Von Katja Maurer

In den sozialen Medien geht derzeit eine automatisch scrollende Liste mit Namen und Geburtsdaten vor schwarzem Hintergrund viral: In einer Endlosschleife wandern Namen von Kindern, die bei den israelischen Angriffen in Gaza ums Leben kamen, über den Bildschirm. Man wird aufgefordert, wenigstens so lange hinzuschauen, bis man ein Kind findet, das das zweite Lebensjahr erreicht hat. Tatsächlich flimmern vor den Augen zu lange Namen, die nicht einmal das erste erreichten. Es ereilt einen einer dieser flachen Schrecken, wie ihn die Mittel der Aufmerksamkeitsökonomie wecken können. Fast die Hälfte der Toten in Gaza sind Kinder.

Nicht gezählt, oder besser: nicht veröffentlicht wird die Anzahl der toten Soldat:innen in dem nun ins dritte Jahr gehenden Krieg in der Ukraine. Hunderttausende sollen es sein. Sie sterben noch anonym als die Kinder in Gaza, deren Namen man wenigstens im Internet finden kann. Noch glaubt die ukrainische Gesellschaft an einen Sieg über Russland und will die Zahlen ihrer Toten nicht wissen. Aber immer mehr Männer verstecken sich vor der Einberufung. Ein neues Gesetz zur Wehrdiensterrfassung soll derweil für eine „transparente“ Mobilmachung sorgen, denn der Armee gehen die Soldat:innen aus. Die Einberufung kommt nun aufs Mobiltelefon. Es soll kein Entrinnen vor der Vaterlandspflicht mehr geben.

Krieg und Konsumfrieden

Kurz nach Beginn des Ukraine-Kriegs veröffentlichte der spanische Philosoph Raúl Sánchez Cedillo mit Unterstützung *medicos* ein Buch über dessen Hintergründe und Folgen: „Dieser Krieg endet nicht in der Ukraine“: Nicht nur mit dem Titel behielt er Recht. Er vertrat auch die These, dass die westlichen Gesellschaften einem Kriegsregime anheimfielen, das sich tief in Wirtschaft, Politik und Kultur einschreiben werde. Vor zwei Jahren hätte man das noch als zu düstere Prognose abweisen können. Heute ist die veröffentlichte Meinung geprägt von Bekenntniszwang und Gut-Böse-Weltbildern. Das Kriegsregime setzt auch die ökonomischen Prioritäten neu. Statt Klimaschutz gibt es jetzt Aufrüstung. Der militärisch-industrielle-Komplex feiert eine rasante Wiederauferstehung. Dass eine Kriegsökonomie zeitweilig gut funktionieren kann, zeigt das Putin-Regime: Während russische Soldaten aus der Provinz genauso verheizt werden wie ihre ukrainischen Gegenüber, führt man in Moskau ein normales Konsumleben. Starbucks heißt jetzt Tasty und Ikea Good Luck. Der unbeschränkte Zugang zu Waren ist das, was für die Mehrheit zählt. Die Parallelität von Krieg und Konsumfrieden ist ein Kennzeichen unserer Zeit.

So kann man vor sich selbst verbergen, dass die Kriege heute nicht von ihrem möglichen Ende künden, also irgendwie ein unmoralisches

Mittel politischer Fernziele sind, sondern von der Wiederkehr längst nicht mehr für möglich gehaltener kriegesischer Formen der Konflikt-austragung: in der Ukraine ein sinnloses soldatisches Massensterben um kaum messbare Geländegewinne wie einst bei Schlachten des Ersten Weltkriegs, im Gazastreifen ein von Israel mit künstlicher Intelligenz geführter Krieg, den ein israelischer Geheimdienststoffizier in der Zeitung Haaretz als „Massenmordfabrik“ bezeichnete. Nun werden viele einwenden, es gäbe Gründe für diese Kriege: der russische Angriff, das Hamas-Massaker. Das ist richtig. Aber wenn man diese Kontextualisierung verlangt, dann ist auch an anderer Stelle die Frage nach Ursachen und Zusammenhängen zu stellen. Doch anstatt sich um ein Verstehen zu bemühen, zieht man sich auf eine Ontologie des radikal Bösen zurück. Die scheinbare Zwangsläufigkeit des Krieges, die jegliches Nachdenken zum Verrat erklärt, reproduziert zugleich ein westliches Überlegenheitsgefühl im Zeichen des eigenen Hegemonieverlusts. So wird vom Westen kein Frieden ausgehen. Krieg begleitet seinen sinnenden Stern.

Deutschland, eine Provinzposse

Deutschland gibt dabei eine besondere Art der Provinzposse. Denn die kriegesischen Zeitenwende ist mit dem Selbstverständnis eines wieder gut gewordenen Deutschlands schwer vereinbar. Im Nebel der Moral wehen die israelischen und ukrainischen Flaggen vor unseren Rathäusern und behaupten: Wir sind die Guten. Politiker:innen ziehen durch Schulen, um im Namen der Aufklärung Konformität zu erzwingen. Der Konsens von oben, dass das Abschlagen von fast 30.000 Palästinenser:innen ein „Verteidigungskrieg“ ist, eine Sprachregelung, die an das russische Wording von der „Spezialoperation“ erinnert, wird durchgesetzt, auch wenn Deutschland dadurch noch provinzi-

eller wird. Man denke nur an die jüngste Absage von der US-amerikanischen Künstlerin Laurie Anderson, die sich einer deutschen Gewissensprüfung nicht unterziehen wollte. Vergessen sind Alexander und Margarete Mitscherlich, die schon in der „Unfähigkeit zu Trauern“ 1967 warnten, dass der Philosemitismus der deutschen Eliten nur eine verdeckte Form des Antisemitismus ist. Antisemit:innen sind heute die anderen: kritische Juden und Jüdinnen, Palästinenser:innen qua Existenz, all die Migrant:innen, die sich schweigend mit den Menschen in Gaza solidarisieren, auch weil sie sich selbst gemeint fühlen. Vergessen ist auch Thomas Mann. Er sagte 1945 in seiner Rede „Deutschland und die Deutschen“, die man heute wieder lesen muss, dass „das böse Deutschland auch das fehlgegangene gute“ sei. Aus diesem Grund könne man das „schuldbeladene Deutschland nicht ganz verleugnen und erklären: ‚Ich bin das gute, das edle, das gerechte Deutschland im weißen Kleide, das böse überlasse ich euch zur Ausrottung.‘“ Thomas Mann hielt die Rede, als er die US-amerikanische Staatsbürgerschaft annahm. Nach Deutschland ist er nur als Besucher zurückgekehrt. Mit der Entkopplung von Auschwitz aus der deutschen Geschichte zu einem zwölfjährigen Sünden- und Ausnahmefall hat man dieses „böse Kleid“ nun endgültig entsorgt.

Der antisemitische Sündenfall heißt stattdessen und neuerdings Postkolonialismus. Mit seiner Delegitimierung wird nicht nur Israel in seiner widersprüchlichen Existenz verteidigt, wo das Ansinnen der Befreiung und das Begehren nach einer sicheren Zuflucht dem auch kolonialen Ursprung und der daraus folgenden immerwährenden Angst des Kolonisten vor den Kolonisierten diametral gegenüberstehen. Der Westen verteidigt sich und seine koloniale Überformung und Ausbeutung der Welt damit vor allen Dingen selbst. Denn die Versprechen der Globalisierung von wachsendem Wohlstand

für alle haben sich entleert. Geblieben ist der ungeheure Hunger nach Ressourcen, um den eigenen Wohlstand gegen alle anderen zu verteidigen. Afrika wird neu aufgeteilt in einem Run auf Wasserstoffgewinnung und Sonnenenergie. Die dekoloniale Sprechweise der deutschen Außenpolitik kann diesen Hunger nur schwer verbrämen. Seit Gaza ist sie nicht einmal mehr Stückwerk. Hannah Arendt würde heute den Hannah-Arendt-Preis nicht erhalten, sagte die US-amerikanische Publizistin Masha Gessen kürzlich. Denn für Arendt war die Verbindung der kolonialen Verbrechen zu Auschwitz offenkundig. In „Elemente und Ursprünge des Totalitarismus“ zieht sie eine direkte Linie von den Kolonialverbrechen, ihrem Rassismus und ihren imperialistischen Wurzeln zum NS-Kolonialismus und der Judenvernichtung.

Lücken im System

Wer Hoffnung sucht, wird sie kaum im Globalen Süden finden, der das Begehren nach einer neuen Weltgestaltung, wie sie die Blockfreien in Bandung 1957/58 forderten, unter dem Zwang der Verhältnisse längst aufgegeben hat. Und doch sind die Lücken, die sich in den Auseinandersetzungen um die multipolare Weltordnung auftun, die Orte, an denen etwas entstehen kann, was die Allmacht des Kriegesregimes einschränken könnte. Die UNO, die sich in den letzten Jahrzehnten von den sozialdemokratisch geprägten Reformversuchen Kofi An-nans weitestgehend verabschiedet hat und zu einem Stabilisator des Status quo geworden ist, dient als letzter verbliebener ziviler Austragungsort für die Weltkonflikte. Hier erweisen sich die Antisemitismusvorwürfe von Israel und dem Westen mehr als Verbalinjurien denn als ernsthaft vorgetragene Argumente. Sie reichen nur hin, um die Bekämpfung des Antisemitismus um seinen eigentlichen Gehalt weiter zu entleeren.

Bei der südafrikanischen Klage vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag, die einen möglichen Genozid in Gaza verhindern sollte, trat in Erscheinung, was noch von sich hören lassen wird. Dass nämlich die Anrufung des Menschen- und des Völkerrechts, wie es sich nach den nationalsozialistischen Verbrechen gegen die Menschheit geformt hat, nur noch von denen ernsthaft vertreten wird, die sie nicht zu ihrer eigenen Legitimation der Macht missbrauchen. Die südafrikanischen Jurist:innen haben sie nicht als staatliche Vertreter:innen, sondern mit ihren Biografien in der Auseinandersetzung mit der Apartheid und den Postapartheid-Konflikten repräsentiert. Dem Ende der westlichen Hegemonie muss nicht das Kriegsregime folgen. Es kann auch in der Besinnung auf das universelle Menschenrecht bestehen, und hier zuallererst in dem Recht auf Rechte, das allen Bewohner:innen dieses Planeten zusteht. Gaza ist ein Menetekel und wirft die Frage auf, ob wir Privilegierten zu einer allumfassenden Humanität überhaupt noch in der Lage sind. Die südafrikanischen Jurist:innen haben mit ihrem Beharren darauf, dass den Palästinenser:innen das Recht auf Rechte zusteht und der Krieg gegen sie sofort enden muss, einen Horizont eröffnet. Es ist nicht nur der einzig verbliebene Horizont, sondern auch die Möglichkeit der Wahrheit, die Möglichkeit eines neuen Anfangs.



Katja Maurer ist jede Kriegsbegeisterung suspekt. Sie weiß, wovon sie spricht: Für medico bereiste sie nicht nur mehrfach Israel, Gaza und die Westbank, sondern im Jahr 2022, einige Monate nach Ausbruch des Krieges, auch die Ukraine.

...zwei, drei Kriegsregi

Foto: Reuters / Tyrone Siu

Blick von Jaffa auf Tel Aviv.

A photograph of a man and a woman sitting on a stone pier by the water, feeding a large number of pigeons. The man is holding a blue cup, and the woman is smiling. In the background, a modern city skyline with several tall buildings is visible across the water. The sky is blue with some clouds. The pigeons are in the foreground, some in focus and some blurred, creating a sense of depth. The overall mood is peaceful and everyday, contrasting with the text about war.

rei, viele me

Der Krieg ist auch im Globalen Norden
wieder allgegenwärtig. Die folgenden
Beiträge erzählen von der düsteren
Realität des globalen Kriegsregimes
und einem Lichtblick in Den Haag.

Frieden heißt Verrat

Israel nach dem 7. Oktober

Von Ramona Lenz

Auf den ersten Blick ist im Zentrum Israels, in Tel Aviv oder Haifa, wieder Normalität eingeleitet. Seit Jahresbeginn hat der Raketenbeschuss aus Gaza erheblich nachgelassen. Geschäfte, Schulen und Universitäten sind wieder geöffnet. Busse und Bahnen fahren regulär. Auf Baustellen herrscht reger Betrieb. Doch bei näherem Hinsehen zeigt sich, dass nichts ist, wie es war: An fast jeder Straßenecke erinnern Plakate an die am 7. Oktober 2023 von der Hamas nach Gaza verschleppten Geiseln; an Schaufenstern und Häuserwänden prangen Israelfahnen und Schilder mit der Forderung „Bring them home“; viel häufiger als zuvor begegnet man Männern in Zivil mit Sturmgewehr über der Schulter. An Supermarktkassen, auf Bussen und an Autobahnbrücken prangen Wimpel oder Banner mit Durchhalteparolen wie „Zusammen werden wir siegen“; und manche der Baustellen dienen dem Bau von „Mamads“. Das sind Luftschutzräume, die seit einigen Jahren bei Neubauten verpflichtend sind und die nun bei manchen älteren Gebäuden nachgerüstet werden.

Ein arabischer Feinkosthändler im südlich von Tel Aviv gelegenen Jaffa – einem der wenigen Orte Israels, in dem Araber und Juden zusammenleben – erzählt, dass seit Oktober kaum noch jüdische Kund:innen in seinen Laden kommen, aus Angst, wie er vermutet. Und ein Vater berichtet, wie beim Kinderturnen im ara-

bisch-jüdischen Gemeindezentrum ein paar Straßen weiter die arabischen Kinder vor Schreck erstarrten, als ein jüdischer Vater seine Tochter in Uniform und mit Waffe über der Schulter abholte. Die Erinnerung an den letzten Gaza-Krieg im Mai 2021, als es in gemischten Städten wie Jaffa zu heftigen gewalttätigen Auseinandersetzungen kam, sitzt den Menschen noch in den Knochen.

Trauer und Repression

Nichts ist vorbei, nichts ist normal. In diesem kleinen Land kennen fast alle jemanden, die oder der Opfer des Massakers und der Geiselnahmen vom 7. Oktober geworden ist. Viele haben Soldat:innen in der Familie, die in Gaza im Einsatz sind, oder kennen Menschen, die wegen des Krieges ihre Wohnungen verlassen mussten. Und einige haben Freund:innen und Familienangehörige, die in Gaza oder im Westjordanland um ihr Leben fürchten. Auf gut vernetzte linke Aktivist:innen, die seit Jahren für ein Ende der Besatzung eintreten, trifft häufig alles gleichzeitig zu.

Hinzu kommt die Repression, die nach dem 7. Oktober massiv zugenommen hat. Wer sich der Kriegspropaganda mit ihren allgegenwärtigen Durchhalteparolen entzieht und für ein Ende der Bombardierung Gazas sowie der entfessel-

ten Siedlergewalt im Westjordanland eintritt, muss damit rechnen, den Arbeitsplatz zu verlieren, bedroht, attackiert oder inhaftiert zu werden. Insbesondere die palästinensische Minderheit in Israel ist davon massiv betroffen. Ein

Jede Kontextualisierung, jeder Ausdruck von Trauer um die Todesopfer in Gaza und jede Abweichung vom Narrativ der israelischen Regierung kann als Unterstützung der Hamas ausgelegt und zum Straftatbestand werden.

harmloser Post auf Social Media zum falschen Zeitpunkt oder die Teilnahme an einer Friedensdemonstration genügen. Für Palästinenser:innen können darauf Monate Gefängnis folgen.

„Polizeigewalt gegen Palästinenser:innen und Linke ist nichts Neues“, erklärt Ari Remez von Adalah, dem in Haifa ansässigen Legal Center for Arab Minority Rights in Israel, das medico seit vielen Jahren unterstützt. „Nach dem 7. Oktober hat die Einschränkung der Meinungsfreiheit jedoch ein bisher ungekanntes Ausmaß erreicht.“ Zahlreiche Gesetzesvorhaben und politische Vorstöße begünstigen Remez zufolge das aktuell brutale Vorgehen der Polizei – sei es die Forderung von Sicherheitsminister Ben-Gvir, den Einsatz scharfer Munition gegen friedliche Demonstrant:innen zu erlauben; sei es das im Dezember verabschiedete Gesetz, das den „Konsum von terroristischen Medien“ unter Strafe stellt; sei es die Drohung, die Rechtslage zum Entzug der Staatsbürger-

schaft als Strafe für schwerwiegende terroristische Handlungen auf sprachliche Delikte auszuweiten. „Jede Kontextualisierung, jeder Ausdruck von Trauer um die Todesopfer in Gaza und jede Abweichung vom Narrativ der israelischen Regierung kann als Unterstützung der Hamas ausgelegt und zum Straftatbestand werden. Es wird den Betroffenen unterstellt, kein Mitgefühl mit den jüdischen Opfern zu haben. Als ob es nicht möglich wäre, sowohl um die einen als auch um die anderen zu trauern.“

Einschüchterung, Suspendierung, Inhaftierung

Nicht nur die Polizei sorgt dafür, das Recht auf freie Meinungsäußerungen derart einzuschränken. Auch an Universitäten und anderen Bildungseinrichtungen wird Palästinenser:innen sowie linken Jüdinnen und Juden Nähe zur Hamas unterstellt. Aus meist fadenscheinigen Gründen werden Disziplinarverfahren eingeleitet. Insgesamt 120 Studierende von 34 verschiedenen israelischen Universitäten und Colleges hätten sich deswegen in den letzten Wochen an Adalah gewandt, so Remez. Auch Dozent:innen seien betroffen. „Wer beispielsweise unmittelbar nach dem 7. Oktober das Foto eines Geburtstagskuchens postete, den Koran zitierte oder Aussagen ähnlich denen von UN-Generalsekretär Guterres veröffentlichte, lief Gefahr, der Hetze beschuldigt zu werden. Die Folge waren Einschüchterungsversuche, Suspendierungen und Inhaftierungen.“

Omri Metzger vom Human Rights Defenders Fund, einer israelischen medico-Partnerorganisation, die letztes Jahr mit dem Aachener Friedenspreis ausgezeichnet wurde, erklärt: „Seit Beginn des Krieges gibt es eine nahezu vollständige Null-Toleranz-Politik gegenüber allen Stimmen, die sich gegen die Regierung und die militärische Reaktion auf das kaltblü-

tige Massaker der Hamas am 7. Oktober wenden.“ HRDF geht ebenso wie Adalah in zahlreichen Fällen gegen die Einschüchterung politisch Andersdenkender vor, wobei es sich vorwiegend um Palästinenser:innen handelt. Häufig seien Social-Media-Aktivitäten der Auslöser, erklärt Metzger. Aber seit dem 7. Oktober seien zudem zahlreiche Demonstrationen verboten oder mit Einsatz von Polizeigewalt aufgelöst worden. Dabei komme es regelmäßig zu Inhaftierungen, auch von Minderjährigen und Journalist:innen. So war es beispielsweise bei der friedlichen Antikriegsdemonstration mit rund 200 Teilnehmenden, die am 19. Oktober 2023 in Umm al-Fahm, einer arabischen Stadt im Norden Israels, stattfand. Die meisten Inhaftierten wurden nach wenigen Tagen wieder freigelassen. Ahmad Khalifa und Muhammad Jabarin jedoch, die Organisatoren der Demonstration, sitzen nun seit über einem Vierteljahr im Gefängnis und müssen fürchten, dass ihnen wegen Unterstützung von Terrorismus der Prozess gemacht wird.

Katastrophale Haftbedingungen

„Derzeit sind so viele Menschen in Israel in Administrativhaft wie nie zuvor“, berichtet Sahar Francis von der palästinensischen Prisoners Support and Human Rights Association Addameer in Ramallah. Bei Administrativhaft unterliegen die Prozessakten meist der Geheimhaltung und die Inhaftierten wissen nicht, was ihnen vorgeworfen wird und wie lange ihre Haft dauert. In Israel sind vor allem Palästinenser:innen davon betroffen. Addameer macht seit langem auf die katastrophalen Bedingungen für palästinensische Häftlinge in israelischen Gefängnissen aufmerksam. Am 23. Januar dieses Jahres hat die Organisation einen Bericht mit dem Titel „Escalating Oppression“ vorgelegt. Dieser dokumentiert, wie sehr sich

seit Oktober die ohnehin schon desaströsen Haftbedingungen für Palästinenser:innen verschlechtert haben. Die Versorgung mit sauberem Wasser, Essen und Kleidung ist oft unzureichend: Menschen müssen in heillos überfüllten Zellen auf dem nackten Boden schlafen, und ihnen wird lebenswichtige medizinische Behandlung vorenthalten. Außerdem seien Familienbesuche unterbunden worden und Anwält:innen, die ihre Mandant:innen im Gefängnis besuchen wollen, müssten Wochen vorher einen Termin beantragen.

Und nicht nur das: „Seit dem 7. Oktober haben sich die Gefängnisse in Schauplätze verschärfter Grausamkeit verwandelt. Sie dienen nicht mehr nur der Unterdrückung, sondern auch der Folter palästinensischer Gefangener, an denen mit verschiedenen Mitteln Rache geübt

Ein harmloser Post auf Social Media zum falschen Zeitpunkt oder die Teilnahme an einer Friedensdemonstration genügen. Für Palästinenser:innen können darauf Monate Gefängnis folgen.

wird“, heißt es in dem Bericht von Addameer. „Man zwingt sie, Lieder auf Hebräisch zu singen, die israelische Flagge zu küssen und sich wie ein Hund zu verhalten“, erläutert Francis. Manche müssten 24 Stunden am Tag in Handschellen gefesselt in Käfigen verbringen. Von sieben Häftlingen weiß man, dass sie seit dem 7. Oktober aufgrund von Gewaltanwendung und unterlassener medizinischer Hilfe in israeli-

schen Gefängnissen zu Tode gekommen sind. „Außerdem hat die sexuelle Gewalt gegen palästinensische Häftlinge – Frauen wie Männer – stark zugenommen“, so Francis. Besonders schlimm sei es für Häftlinge aus Gaza, über die wenige Informationen nach außen dringen.

Eskalation der Gewalt im Westjordanland

Im besetzten Westjordanland und in Ostjerusalem hat die Gewalt von Siedler:innen und israelischen Besatzungstruppen gegen Palästinenser:innen und Beduin:innen seit dem 7. Oktober einen neuen Höhepunkt erreicht, berichtet die palästinensische Menschenrechtsorganisation Al-Haq mit Sitz in Ramallah, mit der medico seit vielen Jahren zusammenarbeitet. Tötungen und Tötungsversuche sind an der Tagesordnung ebenso wie Vertreibungen und die Zerstörung von Eigentum. „Zwischen dem 7. Oktober 2023 und dem 20. Januar 2024 wurden 363 Palästinenser:innen, darunter 94 Kinder, durch die israelischen Besatzungstruppen und die Siedler:innen im besetzten Westjordanland, einschließlich Ostjerusalem, getötet“, berichtet Shahd Qaddoura von Al-Haq und fügt hinzu, dass es auch immer häufiger zu sexualisierter Gewalt komme. Zu den 480 fest installierten Kontrollpunkten des israelischen Militärs im Westjordanland sind seit Oktober 350 „flying checkpoints“ hinzugekommen. Sie werden an Hauptstraßen, dem Zugang zu palästinensischen Dörfern oder auch mitten im Nirgendwo errichtet. Das schränkt nicht nur die Bewegungsfreiheit der Palästinenser:innen noch weiter ein. Es erhöht auch die Gefahren für ihre Unversehrtheit. „An den Checkpoints werden in der Regel die Mobiltelefone kontrolliert. Oft reicht es schon, die Telegram-App installiert zu haben, um geschlagen und gedemütigt zu werden“, erklärt Qaddoura.

Zukunft ungewiss

Die Politik des Silencing zeigt Wirkung. Angesichts der Ereignisse am und nach dem 7. Oktober waren viele Linke zunächst paralysiert und haben sich deswegen zurückgezogen. Nun trauen sich viele wegen der Repressionen kaum noch auf die Straße. „Ich vermeide es inzwischen, im Bus oder an anderen öffentlichen Orten Arabisch zu sprechen“, erklärt eine palästinensische Aktivistin aus Haifa. „Zu einer Demo gehe ich im Moment bestimmt nicht. Die Gefahr, als Palästinenserin im Gefängnis zu landen, ist zu groß.“ Und eine jüdische Aktivistin aus Tel Aviv erklärt: „Das ist alles auch sehr persönlich. Seit vielen Jahren setzen wir uns gemeinsam für die gleichen Ziele ein. Doch nach dem 7. Oktober haben viele ihre Werte neu justiert. Da bleiben auch persönliche Verwerfungen und Enttäuschungen nicht aus.“

Krieg und Repression dauern fort und niemand weiß, wo das alles hinführen wird. Die wachsenden Teilnehmer:innenzahlen bei den wöchentlichen Demonstrationen gegen die Regierung mögen ein Hoffnungsschimmer sein. Doch können sie nicht darüber hinwegtäuschen, dass viele auf den Demonstrationen fehlen, weil sie eingeschüchtert werden oder inhaftiert sind.



Ramona Lenz, Sprecherin der medico-Stiftung, ist seit einigen Monaten immer wieder für längere Zeit in Tel Aviv. Sie war es auch am 7. Oktober und während des Schreibens dieser Reportage.

Im Windschatten des Krieges in Gaza spitzt sich die Situation im Westjordanland drastisch zu. Wir haben mit Mo'ayyad Bisharat von der medico-Partnerorganisation UAWC gesprochen: www.medico.de/uawc-interview

Südafrikanisches „Nie wieder“

Die Klage beim Internationalen Gerichtshof gegen Israel ist Ausdruck der Lehren aus der Apartheid

Von Usche Merk

Es ist nicht nur in Den Haag ein bewegender Moment, als die südafrikanische Delegation den Internationalen Gerichtshof betritt. Überall in Südafrika werden die Anhörungen live verfolgt und öffentlich Unterstützung demonstriert. „Ich bin stolz darauf, Südafrikanerin und Teil der rechtskundlichen Gemeinschaft zu sein, zu der die brillanten Köpfe gehören, die Südafrikas juristisches Team ausmachen“, sagt die jüdische Anwältin Caitlin Le Roith auf einer Solidaritätsversammlung. „Unsere Geschichte und Erfahrungen als Südafrikaner:innen ebenso wie die des jüdischen Volkes machen den südafrikanischen Antrag für jemanden wie mich besonders bedeutsam.“

50 Jahre Menschenrechtskämpfe

Ende 2023 hatte Südafrika beim Internationalen Gerichtshof (IGH) die Eröffnung eines Genozid-Verfahrens beantragt und einen Eilantrag gestellt, um die israelischen Angriffe auf Gaza zu stoppen sowie Hilfe für die Zivilbevölkerung zu erzwingen. Am 11. Januar fand in Den Haag die Anhörung statt, in der die neunköpfige südafrikanische Delegation ihre Antragsbegründung und Argumentation vorstellte. Deren Mit-

glieder sind ausgewiesene Menschenrechtler:innen, die in Südafrika höchsten Respekt genießen, weil sie sich nie politischem Druck gebeugt haben, sondern sich nur der demokratischen Verfassung verpflichtet sahen. Die Zusammensetzung der Delegation verkörperte 50 Jahre Menschenrechtskämpfe in Südafrika.

Da war beispielsweise John Dugard, der 87-jährige Leiter des südafrikanischen Anwaltsteams. Er ist UN-Völkerrechtler und war selbst Ad-hoc-Richter am IGH. 1978 gründete er in Johannesburg das Centre for Applied Legal Studies (CALS), eine der ersten Organisationen, die mit ihren Beratungen in den dunkelsten Zeiten der Apartheid das Recht Schwarzer Südafrikaner:innen verteidigte, Rechte zu haben. Bis heute gilt die Institution als unbestechliche Verteidigerin der Menschenrechte und ihrer Durchsetzung in Südafrika – im Zweifel auch gegen die ANC-Regierung. Da war die Anwältin Adila Hassim, die die südafrikanische Argumentation am IGH mit den Worten eröffnete: „Völkermorde werden nie im Voraus verkündet, aber dieses Gericht hat in den letzten 13 Wochen Beweise erhalten, die ein Muster erkennen lassen.“ Hassim kämpft seit langem für sozioökonomische Rechte in Südafrika und war eine der Anwält:innen, die



Die südafrikanische Außenministerin Naledi Pandor und Vusimuzi Madonsela, Botschafter für die Niederlande, im Den Haager Gerichtssaal.

auf dem Höhepunkt der AIDS-Krise für den Zugang zu antiretroviralen Medikamenten stritt. Und da war Tembeka Ngcukaitobi. Den Vorwurf einer mörderischen Vertreibungsabsicht in Gaza begründete er mit Aussagen von israelischen Militärs und Politikern. Er ist führender Verfassungsrechtler, Menschenrechtsanwalt im Legal Resources Centre und leitete zentrale Korruptionsprozesse gegen den ehemaligen Präsidenten Jacob Zuma und die aktuelle ANC-Regierung.

Das Recht auf Rechte

Es ist kein Zufall, dass diese Anwält:innen Südafrika in Den Haag repräsentieren. Ebenso we-

nig Zufall ist es, dass Südafrika den Antrag gegen Israel vor den IGH brachte. Erste Anhaltspunkte, warum das Geschehen in Gaza in Südafrika besondere Aufmerksamkeit erfährt, mögen die Erinnerung an problematische militärische und wirtschaftliche Beziehungen zwischen Israel und Apartheid-Südafrika bieten; oder das noch heute enge Verhältnis zwischen ANC und PLO; oder die Tatsache, dass Nelson Mandela Anwalt, Oliver Tambo und viele andere legendäre Kämpfer:innen gegen die Apartheid allesamt Jurist:innen waren. Weil der Apartheidstaat behauptete, ein Rechtsstaat zu sein, und weil das System der Apartheid in mehr als tausend Gesetzesvorschriften niedergelegt war, standen Anwält:innen oft an der Spitze des Widerstands. Dabei waren zwei Motive

zentral: Alle Menschen haben das Recht, Rechte zu haben. Und dieses Recht gilt für alle gleich, selbst für die früheren Unterdrücker:innen. Diese Haltung prägte die demokratische Verfassung Südafrikas und den politischen Übergang, der keine Siegerjustiz oder Vertreibung der Weißen mit sich brachte.

Zur ganz eigenen Tradition Südafrikas gehört auch, dass eine große Zahl der weißen Unterstützer:innen des Anti-Apartheid-Kampfes jüdisch waren, obwohl Juden und Jüdinnen unter den Weißen Südafrikas eine kleine Minderheit waren und sind. Viele jüdische Aktivist:innen kamen aus Familien, die den Holocaust überlebt hatten, die meisten von ihnen waren nicht zionistisch eingestellt und offen für palästinensische Perspektiven. Damit waren sie aber auch häufig Angriffen vom ande-

ren Teil der jüdischen Community ausgesetzt, der sich eng mit Israel verband.

Die politische und wirtschaftliche Realität ist trotz der Abschaffung der Apartheid 1994 weit hinter dem Ideal der demokratischen Verfassung zurückgeblieben. Deshalb standen und stehen juristische Kämpfe auch in den letzten 30 Jahren im Zentrum der Verteidigung sozialer und politischer Rechte in Südafrika. Gleichzeitig und zunehmend gerät diese Praxis der Verteidigung der Verfassung und internationaler Rechtsinstrumente im demokratischen Südafrika unter Druck: Immer wieder werden Vorwürfe laut, dass sie ein Produkt „westlicher“ und „weißer“ Rechtstraditionen seien. Hinzu kommt der Ruf nach „afrikanischen dekolonialen Rechtssystemen“ – auch wenn sich dahinter häufig Eigeninteressen bestimmter Kreise der



Vor dem Gerichtsgebäude verfolgten Hunderte Menschen am 25. Januar, wie der Internationale Gerichtshof die südafrikanische Klage akzeptierte und vorsorgliche Maßnahmen erließ, zum Beispiel die Aufforderung an die israelische Regierung, einen Genozid zu verhindern und humanitäre Hilfe zuzulassen.

neuen Elite verbergen und Strömungen eines ethnischen Nationalismus. Bisher gelang es, diese Forderungen als identitär und patriarchal zurückzuweisen. Statt des Aufweichens der Verfassung fordern Menschenrechtsanwält:innen deren Präzisierung und Ausweitung. Auch in Bezug auf universelle Normen und internationale Konventionen gab es in Südafrika Auseinandersetzungen, die diplomatisches Geschick erforderten: Als vor dem BRICS-Treffen im August 2023 in Südafrika die Forderung westlicher Länder laut wurde, Südafrika müsse Putin an den Internationalen Strafgerichtshof ausliefern, gab es auf der anderen Seite Druck auf das Land, aus dem Strafgerichtshof auszuweichen. Südafrikas Regierung verweigerte beides und setzte durch, dass Putin nicht persönlich an dem Treffen teilnahm.

Jenseits der Dichotomie

Mit dem Massaker der Hamas und dem darauffolgenden Krieg Israels gegen Gaza hat sich eine Spaltung der Welt vertieft, die vor allem diskursiv polarisiert: An der Seite Israels der „Westen“, allen voran die USA und Deutschland, der „Globale Süden“ auf der Seite der Palästinenser:innen. Südafrika durchbricht diese Dichotomie. Das Land hat sich nicht immer schon zwischen Westen und Globalem Süden verortet. Es ist auch von vielen Widersprüchen geprägt und durchzogen. Die Apartheid steht stellvertretend für die Doppelstandards, ethischen Ansprüche und Abgründe des Westens. Eingeführt wurde sie 1948, im selben Jahr, in dem die Vereinten Nationen die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ verabschiedeten. Die Verurteilung der Apartheid durch die Vereinten Nationen als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ war dann auch ein zentrales Element des Kampfes gegen die Apartheid, der vor 50 Jahren zum Symbol der Kämpfe des Globalen Südens wurde.

An diesen „südafrikanischen Universalismus“ knüpft man heute wieder an. In Südafrika war der Stolz auf die Anwält:innen, die mit Hilfe des IGH einen Stopp der Militäraktionen in Gaza und den Zugang zu humanitärer Hilfe erwirken wollten, entsprechend groß. „Schwarze, die die Apartheid überlebt haben, wurden Richter und Anwälte und verteidigen jetzt die Palästinenser gegen das Land, das Südafrika während der Apartheid Waffen geliefert hat“, schrieb ein Kommentator in den sozialen Medien. Darin drückt sich auch die Bedeutung des „Nie wieder“ aus, das den Geist der süd-

Die UN verurteilt die Apartheid als Verbrechen gegen die Menschlichkeit. An diesen „südafrikanischen Universalismus“ knüpft man heute an.

afrikanischen Verfassung, aber auch das gelebte Selbstverständnis prägt: Es meint alle Verbrechen gegen die Menschlichkeit. „Als Kind der Apartheid habe ich immer versucht, mein ‚Nie wieder‘ zu leben“, schrieb Ferial Haffajee, eine wichtige öffentliche Stimme in Südafrika angesichts der Anhörung. „Einer der Wege ist, zu lernen, wie Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und Völkermorde beginnen. Dieses Wissen bedeutet, dass man etwas dagegen tun und Teil der ‚Nie wieder‘-Armee sein kann.“ Und sie ergänzt: „Warum hat die Menschheit 1948 eine Völkermordkonvention [als Reaktion auf den Holocaust] ins Leben gerufen, wenn nicht, um aus dessen Entstehung zu lernen?“

Einspruch aus Namibia

In Deutschland scheint man das anders zu sehen. Bereits wenige Stunden nach der südafrikanischen Präsentation behauptete die Bundesregierung, die Vorwürfe Südafrikas würden „jeder Grundlage entbehren“. Die Ankündigung, Deutschland würde sich als Drittpartei an die Seite Israels stellen, begründet sie damit, dass sich die Bundesregierung „angesichts der deutschen Geschichte und des Menschheitsverbrechens der Shoah der Konvention gegen Völkermord besonders verbunden sieht“.

Diese Haltung und der Verweis auf die deutsche Geschichte führte sodann auch im Nachbarland Südafrikas sofort zu Empörung. Der namibische Präsident verwies auf die Unfähigkeit Deutschlands, Lehren aus seiner grausamen Geschichte zu ziehen, wenn es um Nami-

zen daraus zu ziehen. Deutschland verweigerte sich mit dem Argument, dass es nur aus heutiger Sicht ein Völkermord war, und bot lediglich Entwicklungshilfe an.

Das deutsche Selbstbild, ein Vorbild der Aufarbeitung seiner Gewaltgeschichte(n) zu sein, wird nicht nur durch die beängstigende Rechtsentwicklung im Inneren, mit steigendem Antisemitismus und Rassismus, dessen Wurzeln geleugnet und ignoriert werden, infrage gestellt, sondern auch von der Kritik aus Namibia und dem völkerrechtlichen Vorbild Südafrikas. Anstatt Südafrikas Schritt ernst zu nehmen und das Gerichtsverfahren zu respektieren, schwächt die deutsche Variante des Lernens aus der Geschichte das internationale Recht und seine Institutionen. Von Südafrikas Gang nach Den Haag lässt sich dagegen lernen, was ein universell gedachtes „Nie wieder“ bedeuten kann.

Anstatt Südafrikas Schritt ernst zu nehmen, schwächt die deutsche Variante des Lernens aus der Geschichte das internationale Recht.



Usche Merk kennt Südafrika seit Jahrzehnten. Im letzten Rundschreiben hat sie über die lange Geschichte des Widerstandes gegen die Apartheid und anhaltende Ungerechtigkeiten geschrieben.

bia geht: „Auf namibischem Boden beging Deutschland in den Jahren 1904 bis 1908 den ersten Völkermord des 20. Jahrhunderts. Die deutsche Regierung hat diesen Völkermord [an den Ovaherero und Nama] noch immer nicht vollständig anerkannt und entschädigt.“ Sima Luipert von der Nama Traditional Leaders Association (NTLA) erinnerte daran, dass erst 2023 zehn UN-Sonderberichterstatter:innen Deutschland dazu aufgefordert hatten, auch den ersten der deutschen Genozide als solchen juristisch anzuerkennen und Konsequen-



DAS RECHT AUF HILFE IST NICHT VERHANDELBAR

Nothilfe in der Westbank und in Gaza

Während alle Augen auf Gaza gerichtet sind, verschärft sich auch im Westjordanland die Lage. In Tulkarem, nahe der Sperranlage zu Israel, drang die israelische Armee wiederholt in zwei Flüchtlingslager ein und richtete dort Verwüstungen an. Die Gemeinde Tulkarem beherbergt auch etwa 100 Arbeiter aus Gaza, die dort ausharren und – getrennt von ihren Familien in der Küstenenklave – auf ein Ende des Krieges hoffen. In Kooperation mit dem ortsansässigen palästinensischen Zentrum für Kunst und Kultur Jadayel unterstützt medico Aktivist:innen dabei, sie mit Lebensmitteln zu versorgen. Bedürftigen Familien in den Camps helfen sie bei der Reparatur ihrer beschädigten Häuser.

In Gaza unterstützt medico weiter den langjährigen Partner Palestinian Medical Relief Society (PMRS) bei der medizinischen Versorgung von Binnenvertriebenen. In Rafah, wohin Hunderttausende geflohen sind, machen sich Hunger und Verzweiflung breit. Die Masayem Association for Culture and Arts, deren Aktivist:innen bis zu ihrer Vertreibung ein kleines Zentrum etwas außerhalb von Khan Younis betrieben, versorgt dort seit zwei Monaten rund 500 Familien in einer der zahlreichen Zeltstädte. medico unterstützt sie beim Betrieb ihrer Suppenküche.

Spendenstichwort: Israel/Palästina

Hoch die Hände, Zeitenwende

Ukraine und die Welt im dritten Jahr des Krieges

Von Sandro Mezzadra und Brett Neilson

Zwei Jahre sind seit dem 24. Februar 2022 vergangen, dem Beginn des russischen Einmarschs in die Ukraine. Sollte es ein Blitzkrieg werden, der mit der Einnahme Kiews und einem von Wladimir Putin inszenierten Regimewechsel endet? Es ist vielleicht nicht so wichtig, diese Frage zu beantworten, denn Tatsache ist, dass der Krieg seitdem fort dauert, wobei sich archaische Bilder eines Stellungskrieges überlappen mit dem Einsatz von Drohnen, Elon Musks Satellitennetzwerk und spektakulären Sabotageakten an der Krim-Brücke und der Nord-Stream-Pipeline. Der Krieg in der Ukraine ist ein hervorragendes Labor für die Rüstungsindustrie; eine Gelegenheit, die Arsenalen der beteiligten Länder zu „verschrotten“, sie zu erneuern sowie neue Technologien und Strategien zu testen. All dies bedeutet, wie immer im Krieg, Zehntausende Tote und Verletzte sowie die Zerstörung von Städten und Werten, die bereits das große Geschäft des Wiederaufbaus der Ukraine vorbereitet.

Der Krieg geht aber nicht einfach nur weiter. Nach der „ukrainischen Offensive“ im letzten Sommer scheint er sich in einer „Pattsituation“ eingependelt zu haben, wie Mark Milley, ehemaliger Generalstabschef des US-Militärs, bereits im November 2022 (und zu dieser Zeit noch im Amt) voraussagte. In den vergangenen zwei Jahren konnte der Widerstand der ukrainischen

Armee gegen die russische Invasion zwar auf eine breite Unterstützung in der Bevölkerung zählen, jedoch um den Preis eines immer stärker werdenden Nationalismus, der im Übrigen nicht nur in der Ukraine zu beobachten ist. In Russland hingegen hat die weitgehende Stabilität der Wirtschaft und der um das Putin-Regime herrschende Konsens wesentliche Öffnungen verhindert. Statt Demokratisierung und sozialer Mobilisierung verfestigt sich der allgegenwärtige Autoritarismus. Der Stillstand des Krieges begünstigt diese Prozesse, und was die Ukraine betrifft, so wird er durch die Aussicht auf den Beitritt zur Europäischen Union, dessen Zeitplan ungewiss ist, in jedem Fall aber sehr lange dauern wird, gleichsam noch verstärkt.

In den letzten zwei Jahren hat sich weltpolitisch vieles verändert und die Ereignisse in der Ukraine waren der allgemeine Rahmen, in dem sich diese Veränderungen vollzogen. Die Rhetorik des „neuen Kalten Krieges“, die seit einigen Jahren im Westen kursierte, schien eine unheilvolle Bestätigung zu finden. Doch sie wird der aktuellen Situation keineswegs gerecht, die spätestens seit der Finanzkrise von 2007/8 durch einen konflikträchtigen Multipolarismus gekennzeichnet ist. Der zeitgenössische Kapitalismus organisiert sich um eine Reihe globaler Prozesse herum – in der Logistik, im Finanzwesen, in der Verbreitung digitaler Plattformen



Der Krieg in der Ukraine war ein Wendepunkt. Er beschleunigte die Ausbreitung eines „Kriegsregimes“ weit über die kriegsführenden Länder hinaus.

oder der Funktionsweise großer Infrastrukturen. Diese Prozesse führen jedoch nicht zu einer globalen Vereinheitlichung, sondern überschneiden sich mit verschiedenen politischen Räumen (insbesondere denen großer Staaten) und prägen so eine multipolare (Un)ordnung statt eines „neuen Kalten Krieges“ mit eindeutigen Lagern.

Welt[un]ordnung

Der Krieg in der Ukraine war dennoch ein Wendepunkt, weil er die Ausbreitung eines „Kriegsregimes“ weit über die kriegsführenden Länder hinaus beschleunigte. Mit diesem Begriff be-

zeichnen wir Prozesse der Militarisierung von Politik und Wirtschaft, die unter dem Vorzeichen eines allgegenwärtigen Bezugs auf die „nationale Sicherheit“ in vielen Teilen der Welt zu beobachten sind. Der Aufrüstungswettlauf und die Veränderung der Zusammensetzung der öffentlichen Ausgaben (für die es auch in Europa viele Beispiele gibt) sind sowohl das Ergebnis als auch die Voraussetzung dieser Prozesse, bei denen die „geopolitischen“ Dimensionen untrennbar mit den „geoökonomischen“ verwoben sind. Der Krieg steht im Zentrum der kapitalistischen Globalisierung, insofern der Konflikt die Organisation der oben beschriebenen Räume betrifft, oder, wenn man so will, die politische Organisation des Weltmarkts in einer Situ-

ation, in der die Hegemonie der Vereinigten Staaten in der Krise zu stecken scheint und durch das Auftauchen neuer Akteure (von China bis Russland, von den BRICS-Staaten bis zum „Globalen Süden“) herausgefordert wird.

Diese Herausforderungen haben sich in den letzten zwei Jahren vervielfacht und verstärkt. Gleichzeitig prognostizierte Raúl Sánchez Cedillo Analyse in „Dieser Krieg endet nicht in der Ukraine“, dass der „heiße“ Krieg, der am 24. Februar 2022 begann, nicht auf die Ukraine beschränkt bleiben würde. Es geht nicht darum, eine direkte Verbindung zu dem zu behaupten, was seit dem 7. Oktober in Israel und im Gazastreifen passiert, in einem Konflikt, der wie der ukrainische uralte Wurzeln hat, die sich nicht auf die soeben skizzierten globalen Szenarien reduzieren lassen. Der Punkt ist aber, dass die regionalen Szenarien sich mit den großen Umwälzungen verbinden und jene verändern.

Das Geschehen nach dem 7. Oktober zeigt dies eindrücklich: Iran und seine Alliierten in der arabischen Welt wagen den kaum verdeckten Aufstand gegen die USA und dessen enge Alliierte, Israel. Sie durchkreuzen damit die Befriedungspläne der USA, die mit den Abraham-Abkommen die Beziehungen zwischen Israel und den arabischen Ländern normalisieren wollten, ohne die Interessen der Palästinenser:innen zu berücksichtigen, während die USA gleichzeitig Schwierigkeiten haben, dem Vorgehen der rechtsextremen israelischen Regierung entgegenzutreten. Gleichzeitig steigt die Bedeutung Chinas in der Region, das zwischen den erzwingenden Regionalmächten Saudi-Arabien und Iran erfolgreich vermittelt. Die Türkei wiederum vertritt innerhalb der NATO, in der sie ein wichtiges Mitglied ist, widersprüchliche Positionen und beansprucht strategische Autonomie (wie sie es zum Teil bereits beim Krieg in der Ukraine getan hat). Zeitgleich wird die Initiative

Südafrikas vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag weithin als Zeichen eines erneuerten Protagonismus des „Globalen Südens“ wahrgenommen, der die Funktion der Vereinten Nationen neu gestalten will.

Gaza und Suez

Der Krieg im Gazastreifen berührt außerdem einen weiteren Konflikttherd in den globalen Entwicklungen. Bereits der Beginn der Covid-19-Pandemie war durch eine Krise der globalen Liefer- und Versorgungsketten gekennzeichnet, die das infrastrukturelle Gerüst globaler Prozesse bilden. Der Ukraine-Krieg hat dieser Krise weitere Momente hinzugefügt, insbesondere in Bezug auf Getreide, Gas und Öl. Heute geht es um nichts Geringeres als den Betrieb des Suezkanals, der seit seiner Eröffnung im Jahr 1867 ein wichtiger Knotenpunkt für den Handel zwischen Asien und Europa und ein Symbol für den freien Handel ist. Die Blockade des Kanals im März 2021, als das Containerschiff „Ever Given“ dort auf Grund lief, war in gewisser Weise ein Vorgriff auf die heutige Situation: Seit einigen Wochen greifen die Huthis (die heute die Hauptstadt und einen Großteil des jemenitischen Territoriums kontrollieren) aus Solidarität mit der Bevölkerung des Gazastreifens Schiffe an, die das Rote Meer durchqueren. Die darin steckende symbolische Herausforderung des Westens ist groß, während die aktuellen und potenziellen Auswirkungen gravierend sind: Die großen Schifffahrtsunternehmen geben den Suezkanal auf, die Routen verlängern sich, die Transport- und Warenpreise steigen und die Inflation könnte sich ausweiten.

Der Verlauf des Krieges im Jemen wird so mit dem laufenden Krieg im Gazastreifen verknüpft. China, das ebenfalls eine diplomatische Initiative zur Beendigung des Krieges im Jemen ergriffen hatte, befindet sich in vielerlei Hinsicht in

einer paradoxen Situation, da die Krise im Roten Meer die militärische Aufmerksamkeit und die Mittel der USA von den „indopazifischen“ Szenarien ablenken könnte, gleichzeitig aber der chinesische Handel mit Europa weitgehend über den Suezkanal läuft. Die Erklärungen der Huthis, dass sie nicht beabsichtigen, russische und chinesische Schiffe anzugreifen, sind symptomatisch für die neuen Fronten, die sich in den letzten zwei Jahren aufgetan haben. Sie werden Peking jedoch nicht beruhigen, da die Durchquerung eines von Raketen und Militärschiffen in Kampfbereitschaft durchpflügten Meeres in jedem Fall ein Risiko für den Handel darstellt. Andererseits ist es schwer vorstellbar, dass China sich an westlich geführten Operationen wie „Prosperity Guardian“ beteiligen oder gar Militäroperationen wie die angloamerikanischen gegen die Huthis im Jemen unterstützen könnte; vor allem unter dem Banner jener „Freiheit der Meere“, die seit ihren ersten Formulierungen im frühen siebzehnten Jahrhundert ein grundlegender Bestandteil der europäischen kolonialen Expansion war.

Feuer einstellen

Wir erleben eine Eskalation von Konflikten, die vor dem 24. Februar 2022 so nur schwer vorstellbar war. Die Ausbreitung dessen, was wir als Kriegsregime bezeichnet haben, unterbricht den Rhythmus der kapitalistischen Transformationen, bedingt und begrenzt drastisch die Bewältigung der Klimakrise und prägt eine Verhärtung der sozialen Beziehungen. Der Nationalismus setzt sich in alten und neuen Formen durch, auch in Ländern und Bewegungen, die keine Chance haben, die globalen Prozesse, die sie durchlaufen, auf nationaler Basis zu steuern. Bei der Analyse dieser Prozesse ist es wichtig, die Verflechtung von geopolitischen und geökonomischen Entwicklungen zu berücksichtigen. Es ist jedoch ebenso wichtig, das

„Primat der Geopolitik“ zurückzuweisen, das heute zunehmend nicht nur den öffentlichen Diskurs prägt, sondern auch die Positionen derjenigen, die die Bildung eines antiwestlichen Lagers (oft im „Globalen Süden“ identifiziert) als die Alternative ansehen, auf die man sich konzentrieren sollte. Wir sind uns der Chancen bewusst, die das multipolare Szenario bietet, weisen aber erneut darauf hin, dass der entscheidende Faktor für uns die Qualität der sozialen und politischen Beziehungen ist, die in den einzelnen Ländern und Regionen der Welt herrschen. Und diese Qualität ist direkt proportional zur Intensität der Kämpfe für Freiheit und Gleichheit. Der Widerstand gegen Blöcke und Krieg kann nur von ihnen ausgehen.

Angesichts der ungeheuren Gewalt der israelischen Bombardierung des Gazastreifens haben sich vielerorts, auch in Europa, Anti-Kriegs-Initiativen formiert, die unterschiedliche Motivationen vereint. Trotz ihrer Vielschichtigkeit stellen jene den grundlegenden Bezugspunkt für eine Antikriegspolitik dar. „Waffenstillstand jetzt“ ist ihre erste Forderung. Wir sind uns der unterschiedlichen Situationen bewusst, und dennoch gibt es eine wesentliche Verbindung zwischen Gaza und der Ukraine: Feuer einstellen, jetzt, in Gaza und in der Ukraine. Das ist die schwierige, aber erste Losung für eine Initiative, die in der Lage wäre, den globalen Trend zur Ausbreitung von Kriegsregimen umzukehren und dem Wort „Frieden“ wieder eine materielle Bedeutung zu geben.



Sandro Mezzadra (re.) ist Professor für Politische Theorie in Bologna, Brett Neilson ist Direktor des „Instituts für Kultur und Gesellschaft“ der Western Sydney University. In diesem Jahr erscheint ihr neuestes Buch „The Rest and the West: Capital and Power in a Multipolar World“ im Verso-Verlag.

Aufge- rüstet für die Zu- kunft

Lithium in Bolivien: In der Klimakrise wird der Zugang zu Rohstoffen und Metallen zur Nutzung „grüner“ Energie wichtiger.

Wie die Klimakrise zu einer Frage militärischer Sicherheit umgedeutet wird

Von Karin Zennig

Die Berichte von Klimaforschungsinstituten stimmen mit denen von Militär- und Sicherheitsbeauftragten der NATO-Staaten überein: Mit fortschreitender Erderwärmung werden sich Ausmaß und Frequenz von klimakriseninduzierten Katastrophen erhöhen und zusammen mit geopolitischen Verschiebungen, demografischer Entwicklung und Energiewende eine Welt des Mangels und der Instabilität schaffen. Die extremen Hitzewellen in Südasiens und dem Nahen Osten, aber auch die Überschwemmungen in Pakistan, Griechenland, auf den Philippinen und in Libyen geben einen Vorgeschmack auf das, was kommen wird. Die Auswirkungen der Zerstörung von Ernten, Häusern, Straßen, Industrieanlagen, Schulen und Gesundheitseinrichtungen sind nur bedingt quantifizierbar. Klar ist, dass sinkende landwirtschaftliche Produktivität und Wirtschaftsleistung nicht nur die Ressourcen der betroffenen Länder stark einschränken und die Abhängigkeit von internationaler Hilfe vergrößern. Auch das Konfliktpotenzial zwischen Ländern wächst. Die Zerstörung der gesellschaftlichen Infrastruktur trifft diejenigen am stärksten, die am meisten auf diese angewiesen sind. Sie verstärkt Verschuldung und Abhängigkeit und wirkt als Katalysator von Ungleichheit und Gewalt.

Vor diesem Hintergrund scheint nichts nahelie-

gender, als dass Fragen der Klimakrise als Fragen globaler Sicherheit buchstabiert werden: Sicherheit im Sinne von Gesundheit und Versorgung, Schutz von Lebensgrundlagen und -räumen, als Abfederung von Schadenswirkungen. Doch obwohl sich die gravierendsten Folgen der Klimakrise bereits jetzt vor allem in den Ländern des Globalen Südens abspielen, sind es insbesondere reiche Industrieländer, die in „Klimasicherheit“ investieren: in nachrichtendienstliche Einschätzungen, in Verteidigungspläne und militärische Szenarien. Bereits 2003 hat die Europäische Union den Klimawandel in ihrer Sicherheitsstrategie als zentral eingestuft und damit begonnen, den Umgang mit Risiken und Bedrohungslagen in verschiedenen Varianten des Temperaturanstiegs durchzuspielen.

Zeitenwende statt Klimapolitik

Als die neue Bundesregierung Ende 2021 ihre Arbeit aufnahm und auch ehemalige Klimaaktivist:innen einband, war dies seitens der Klimabewegung durchaus mit Hoffnung verbunden. In seiner Amtsantrittsrede kündigte der Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz Robert Habeck die Transformation Deutschlands zu einer „ökologisch-sozialen Marktwirtschaft“ an: Umbau von Industrie und Energieproduktion, Umverteilung von Subven-

tionen und Investitionen, die Verbindung von Klimaschutz und Wirtschaftswachstum. Dass unter eben dieser Bundesregierung erst kürzlich der Bundesnachrichtendienst und die Bundeswehr mit der Erarbeitung einer „Klimasicherheitsstrategie“ beauftragt wurden, markiert einen Wandel in der Bearbeitung aufkommender globaler Konflikte. Transformatorische Politik ist der Logik von Versicherheitlichung gewichen. Die Wende in der Klimapolitik ist der Zeitenwende zum Opfer gefallen.

Angesichts der durch den Krieg in der Ukraine ausgelösten Energiekrise schloss Habeck Gaslieferverträge mit den Emiraten und wurde klimaschädliche Energiegewinnung in Hochgeschwindigkeit ausgebaut. Unter dem ideologischen Druck der Schuldenbremse verteilte die Bundesregierung den Haushalt um: Sondervermögen für die Bundeswehr statt Klimatransformationsfonds und Klimageld. Anstatt für klimapolitische Umsteuerung zu werben und diese materiell abzufedern, wurde die ohnehin brüchige gesellschaftliche Akzeptanz staatlicher Interventionen zugunsten des Klimas weiter verspielt. Gleichzeitig wurden Aktionen der Letzten Generation, die lediglich an die Einhaltung von Transformationszielen erinnerten, denunziert und nur noch polizeilich behandelt.

Die Zeit des Friedens ist vorbei

Das Bild auf internationaler Bühne ist ähnlich frustrierend. Von den Weltklimaklimakonferenzen geht kein Impuls für Veränderung aus. Die Verweigerung des Ausstiegs aus fossilen Energien hat die Hoffnung auf Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels und damit auch die Perspektive transformatorischer Politik beerdigt. Stattdessen wird global mehr Geld für Sicherheit ausgegeben als für Maßnahmen, die einen katastrophalen Klimawandel verhindern könn-

ten oder Hilfe für die Betroffenen leisten. Der Umsatz der Rüstungsindustrie steigt rasant, auch die Grenzschutzbranche verzeichnet satte Gewinne.

Die Rückkehr des Krieges hat aber nicht nur die haushaltspolitischen Bedingungen für transformatorische Politik eingeschränkt. Sie hat auch die Logik der Konfliktbearbeitung verschoben. Zweck und Aufgabe des Militärs und nationaler Geheimdienste besteht darin, die Sicherheit des eigenen Landes und seiner Interessen zu sichern. Das schließt den Grenzschutz ebenso ein wie Schutz und Durchsetzung einer wettbe-

Dass indigene Gruppen enteignet und vertrieben werden, wird zum Kollateralschaden der Durchsetzung unserer „Sicherheit“.

werbsfähigen Wirtschaft, den Zugang zu strategischen Ressourcen und die Absicherung von Lieferketten. Klimasicherheit wird so zur Absicherung des bestehenden, ungerechten Status quo. Und Klimapolitik reduziert sich auf die Anpassung an durch die Klimakrise verursachte soziale und politische Verheerungen.

Bewegt man sich in der Logik des Militärischen, so wird die Klimakrise nur noch in der Binarität von Bedrohung und Sicherheit gesehen – das Symptom wird zur Ursache gemacht. Menschen, die unter meist verzweifelte Umständen zu überleben versuchen, werden spätestens dann zum Sicherheitsrisiko erklärt, wenn sie sich aus ihren zerstörten Lebensräumen auf den Weg in Länder des Globalen Nordens ma-

chen. Gleichzeitig „sichern“ sich eben diese Länder bereits heute den Zugang zu Kohlere-serven und für die industrielle Umrüstung auf „grüne“ Energie benötigte Metalle wie Nickel, Lithium oder Coltan. Dass dafür von Indonesien bis Chile und Ruanda bis Kolumbien indigene Gruppen enteignet und vertrieben werden, wird zum Kollateralschaden der Durchsetzung unserer „Sicherheit“.

So werden nicht nur die Ursachen des Klima-wandels reproduziert, das Politische insgesamt wird verworfen: Die Sachzwanglogik der Verteidigung unterläuft die Demokratie und rechtfertigt gleichermaßen Aufrüstung und Abschot-tung. Die Vision einer friedlichen Welt, auf die sich die EU rhetorisch allen gegenteiligen Han-deln zum Trotz beruft, ist der rigorosen Durch-setzung nationaler und europäischer Interes-sen gewichen. Die Überwindung von Krieg wird nicht mehr angestrebt, vielmehr wird dessen Allgegenwärtigkeit fatalistisch akzeptiert.

Angesichts dieser Prognose braucht es weit mehr als die bessere Verteilung von Haushalts-mitteln. Es geht darum, Sicherheit neu zu den-ken: als globale Gerechtigkeit, Durchsetzung der Menschenrechte und Voraussetzung für Frieden. Dafür braucht es auch eine Verände-rung der Debatte hierzulande. Aktuell legitimie-ren Weltvergessenheit und Krisenangst, die re-flexhafte Verteidigung der eigenen Interessen und unserer Lebensweise den staatlichen Rückgriff auf den sicherheitspolitischen Metho-denkoffer.



Karin Zennig, bei medico für Klima-gerechtigkeit zuständig, hat Ende letzten Jahres in Pakistan Men-schen und Gemeinden besucht, die in der Flutkatastrophe 2022 alles verloren haben.



Millionen Menschen in Pakistan haben in den Fluten 2022 alles verloren.

Die Klimakrise ist da, Gerechtigkeit abwesend. medico unterstützt den weltweiten Kampf da-für, dass sich das ändert: Unsere Partnerorga-nisationen helfen beim Katastrophenschutz, bei der Umstellung auf eine klimaangepasste Landwirtschaft, fördern den Aufbau von Ko-operativen und die Wissensvermittlung in bäu-erlichen Gemeinden. Und wir unterstützen Ini-tiativen aus den besonders von der Klimakrise betroffenen Ländern beim Aufbau globaler Netzwerke zur Vertretung ihrer Interessen.

Spendenstichwort: Klimagerechtigkeit

Projekte Projekti- onen

Eine eigene Geschichte

Im Exil ist ein virtuelles
Afghanistan-Museum entstanden

Menschen versuchen verzweifelt, sich an ein abhebendes Flugzeug zu klammern: Die Bilder vom Kabuler Flughafen aus dem August 2021 haben sich ins kollektive Gedächtnis gebrannt. Nach der erneuten Machtübernahme der Taliban mussten auch die Kolleg:innen des langjährigen medico-Partners Afghanistan Human Rights and Democracy Organization (AHRDO) das Land verlassen. medico unterstützte sie bei ihrer teils lebensgefährlichen Flucht, die sie über Pakistan letztlich nach Kanada brachte. Trotz aller Verluste und Enttäuschungen setzen sie im Exil ihre Menschenrechtsarbeit fort. Ein erster Schritt: Sie haben ihr vor einigen Jahren in Kabul gegründetes Museum im virtuellen Raum neu eröffnet. Das „Afghanistan Memory Home“ dokumentiert nun online Gewaltverbrechen in einem geschundenen Land und erzählt Geschichten von Betroffenen. Es geht um Erinnerung, Trauer und darum, nicht aufzugeben.



Als das Museum noch in Kabul besucht werden konnte.

Spendenstichwort: Menschenrechte



Die „Maldusa“ im Hafen von Lampedusa.

Völkerrecht?

Der Krieg in Rojava eskaliert,
der Westen schweigt

Nach den jüngsten türkischen Luftangriffen auf die selbstverwalteten Gebiete in Nordostsyrien sind zwei Millionen Menschen in der Grenzregion ohne Strom und Wasser. Die Angriffe gelten, wie schon in den Monaten zuvor, vor allem der zivilen Infrastruktur. Ölfelder, Elektrizitätswerke und Gasförderanlagen sind zerstört, Versorgungsketten zusammengebrochen. Attackiert wurden auch Krankenhäuser, Schulen, Bäckereien oder Getreidespeicher. Hinzu kommen Drohnenangriffe, bei denen gezielt ziviles und militärisches Personal der Selbstverwaltung getötet wurde. Niemand soll sich in Nordostsyrien noch sicher fühlen. Niemand tut es noch. Das humanitäre Völkerrecht, der Schutzmechanismus für Zivilist:innen und medizinisches Personal im Krieg, scheint für Nordostsyrien ausgesetzt zu sein. Es durchzusetzen, Verstöße zu ahnden und Strafmaßnahmen zu verhängen – das ist Aufgabe der internationalen Gemeinschaft. Doch sie tut es nicht. Auch die Bundesregierung schweigt. Meldungen von diesem Krieg, dem Krieg eines NATO-Partners, schaffen es kaum in die hiesige Medienöffentlichkeit. Die Gleichgültigkeit wird auch von den Menschen in Nordostsyrien wahrgenommen, niemand hofft mehr auf internationalen Beistand. medico-Partnerorganisationen in Rojava machen trotzdem weiter [siehe auch S. 44].

Spendenstichwort: Rojava

Solidarität, Teil 3

Das Boot „Maldusa“ unterstützt
die zivile Seenotrettung

Es gibt sie noch, die guten Nachrichten: Die Besatzung des auf den Namen „Maldusa“ getauften Motorboots der gleichnamigen medico-Partnerorganisation ist einsatzbereit. Vom Hafen der italienischen Insel Lampedusa aus unterstützt sie die zivile Seenotrettungsflotte im zentralen Mittelmeer. Immer wieder kommt es vor, dass die maltesische oder die italienische Küstenwache in Seenot geratenen Geflüchteten und Migrant:innen die Hilfe verweigern oder gar veranlassen, dass libysche Milizen „übernehmen“. Die Crew der Maldusa soll Geflüchteten-Boote begleiten, ihre Selbstständigkeit betonen und, wenn nötig, Rettungsaktionen durchführen. Zugleich soll das Boot ein „Pull-Faktor“ für die Küstenwachen werden: Verweigern diese Menschen Unterstützung, kann die Besatzung der Maldusa die unterlassene Hilfeleistung dokumentieren. Das Boot stellt den dritten Teil des Maldusa-Projekts dar. Bereits seit September 2022 unterstützt die Maldusa-Station auf Lampedusa in Zusammenarbeit mit lokalen Helfer:innen Ankommende. Im April 2023 hat die Initiative zudem ein Zentrum in Palermo eröffnet, das Geflüchteten, Migrant:innen und Initiativen als Austauschort dient.

Spendenstichwort: Flucht und Migration

Bekenntnis zur Solidarität

Ein Gespräch mit der Migrationsforscherin Manuela Bojadžijev über die antifaschistischen Großdemonstrationen, Migration und den Rechtsruck in Europa

Gemeinsam mit einer Gruppe Wissenschaftler:innen hast du im Oktober 2023 die „Berliner Erklärung – In Verteidigung der Migrationsgesellschaft“ lanciert, die von über 3.000 Personen unterschrieben wurde. Wie ist es dazu gekommen?

Hintergrund ist unser seit 2019 in Berlin laufendes Forschungsprojekt mit dem langen Titel „Transforming Solidarities. Praktiken und Infrastrukturen in der Migrationsgesellschaft“. In diesem Projekt gehen wir der Frage nach dem gesellschaftlichen Zusammenhalt mit einer Forschung zur Solidarität nach. Angesichts der Erosion demokratischer Strukturen brauchen wir ein Umdenken, das nicht nur tagespolitische Fragen aufwirft, sondern auch die Verfasstheit der Gesellschaft thematisiert. Hier ist der Solidaritätsbegriff relevant, nicht der verwässerte, rein appellative, sondern ein [infra-]struktureller: Was sind die Bedingungen der Möglichkeit von gesellschaftlicher Solidarität und wie kann sie multipliziert werden? Gleichzeitig erleben wir, dass die öffentliche Diskussion immer rauer wird, insbesondere in Bezug auf Migration. Die migrationspolitischen Gesetzesverschärfungen, sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene, haben uns dann dazu veranlasst, diese Erklärung zu verfassen. Wir



Manuela Bojadžijev ist Professorin an der Humboldt-Universität zu Berlin.

wollten die Idee einer Demokratisierung durch Migration in Erinnerung rufen. Als wir die Erklärung im Oktober 2023 verfassten, stellten wir erneut fest, dass eine Reihe von Standards aufgegeben worden war, für die viele von uns seit Jahrzehnten gestritten hatten. Nicht zufällig verweist unser Projekttitle auf die Migrationsgesellschaft. Sie ist die Realität, aber in einer un guten Weise Gegenstand von Auseinandersetzungen. Davor wollten wir warnen.

Wie kann man diese Aufgabe von Standards, den Erdrutsch, als den viele die politische Situation empfinden, erklären?

Wir haben es mit einer sehr gefährlichen Dynamik zu tun. Rechte Kräfte erklären Migration schon lange zum zentralen Problem und treiben die Regierungen vor sich her, auch in Deutschland. Dabei war die jetzige Bundesregierung angetreten, um eine klimafreundlichere, eine migrationsfreundlichere, eine geschlechtergerechtere Politik zu verfolgen. Sogar den Kampf gegen Rassismus hatte sie sich auf die Agenda geschrieben. Doch wir erleben in vielerlei Hinsicht das Gegenteil. Das war auch schon so, bevor Bundeskanzler Olaf Scholz auf dem Spiegel-Cover die Losung „Im großen Stil abschieben“ ausgab oder die Reform des europäischen Asylrechts, GEAS, durchgewunken wurde. Migrationsbekämpfung kommt im demokratischem Gewand daher, stellt aber eine massive Konzession an die rechten Kräfte in Europa dar, um – paradoxerweise – das europäische Projekt unter den gegebenen geopolitischen Spannungen retten zu wollen. Gleichzeitig wird behauptet und natürlich auch gehofft, dass man damit die menschliche Mobilität in den Griff bekommt. Das ist eine sehr gefährliche und riskante Wette auf die Zukunft. Denn wir wissen aus vielen, auch historischen Studien, dass sich Migration nicht unterbinden lässt.

Es gab ja lange Zeit eine Art Gewissheit, dass sich in Deutschland eine stabile Mehrheit gegen den Rechtsruck stellen würde. Warum sind die vielen Akteure, die für eine offene Gesellschaft streiten, in den letzten Jahren so in die Defensive geraten?

Ich sehe dafür mehrere Gründe. Ein wichtiger ist: Wir haben nach 2015 eine allmähliche Legitimationskrise der Solidaritätsbewegung, auch Willkommenskultur genannt, erlebt. Viele, vielleicht zu viele Probleme, die sich im Zusammenhang mit der Migrationsfrage stellen,

WAS IST DAS PROBLEM?

Die Verteidigung der Migrationsgesellschaft

Der Andrang war groß, sowohl im November im Berliner Theater Hebbel am Ufer als auch im Januar im Frankfurter Mousonturm. Hier wie dort wurde die Erklärung „Zur Verteidigung der Migrationsgesellschaft“ performativ auf die Bühne gebracht. Die Erklärung hatte das Konsortium des Berliner Forschungsprojekts „Transforming Solidarities“ veröffentlicht. Darin heißt es: „Mit zunehmender Faszungslosigkeit verfolgen wir die anhaltende Infragestellung des Rechts auf Asyl in den letzten Wochen und Monaten. Die pauschale Diffamierung von Schutzsuchenden hat die Grenze zur Menschenverachtung überschritten. Nun gilt es, in Verteidigung der Migrationsgesellschaft aufzustehen und zu widersprechen.“ Eben das taten die Initiator:innen Manuela Bojadžijev, Sabine Hark und Bernd Kasperek samt vielen Mitstreiter:innen dann auch. In Berlin trugen die Podiumsgäste, darunter medico-Geschäftsführer Tsafrir Cohen, Visionen für eine geteilte Welt zusammen. Im Januar in Frankfurt, mitveranstaltet von medico, betraten unter anderem die Journalistin Hadija Haruna-Oelker, der Überlebende des Hanau-Attentats Said Etris Hashemi und der IG-Metall-Vorsitzende Fessum Ghirmazion die Bühne, einig in der zentralen Botschaft: „Migration ist nicht das Problem. Das Problem ist die Skandalisierung der Migration.“

www.transformingsolidarities.net

wurden aus einer humanitären Logik heraus, im Verweis auf einen Humanitarismus, beantwortet. Dieser Geist hilft in vielen Situationen, er gibt der solidarischen Praxis Sinn und begründet, warum Menschen helfen. Wir haben das erneut zu Beginn des Krieges in der Ukraine erlebt: Gesellschaftliche Kräfte werden mobilisiert und ermöglichen Menschen, im Alltag zu leben, in welcher Gesellschaft sie leben wollen. Aber dieses Handeln kann sich erschöpfen, wenn es nicht institutionell bestätigt und unterstützt wird. Rechtlich gab es im Bereich der Migration jedoch eine Verschärfung nach der anderen. Damit wurde diesem zivilgesellschaftlichen Handeln zuwidergehandelt. Es braucht nicht nur Empathie, sondern auch Menschenrechtsverpflichtungen und internationale Rechte. Es müssten Anstrengungen unternommen werden, um die Migrationsgesellschaft demokratisch zu konkretisieren. Gleichzeitig ist die öffentliche Infrastruktur zusammengespart worden. Und die müsste in solchen Situationen gestärkt werden, weil sie allen zur Verfügung steht: Straßen, Schulen, Schwimmbäder etc.

In der Erklärung fordert ihr noch: „Nun gilt es, in Verteidigung der Migrationsgesellschaft aufzustehen und zu widersprechen.“ Und nun, plötzlich, regt sich etwas: In den letzten Wochen sind Millionen Menschen auf die Straße gegangen, gegen den Rechtsruck und die AfD. Woher kommt dieser starke Gegenwind auf einmal?

Vieles erinnert an den Geist der Willkommensgesellschaft, über den lange Zeit geschwiegen wurde. Es ist paradox, dass die Migrationspolitik so lange auf Regierungs- und Gesetzesebene verschärft wurde und kaum an Verbesserungen oder gar eine neue Migrationspolitik gedacht wurde. Stattdessen haben wir in der Öffentlichkeit viele, geradezu rassistische, Kampagnen erlebt, erinnert sei nur an die Kölner Silvesternacht. Vieles wurde hingenom-

men. Aber mit den Recherchen von Correctiv ist etwas „übergelaufen“. Es wurde klar: Die AfD will Millionen Menschen aus Deutschland deportieren und die „Migrationsfrage“ völkisch lösen. Zum Sterbenlassen im Mittelmeer und den Hierarchien in unserer Gesellschaft kommt die Idee der Reinheit des Volkes. Das bringt Menschen auf die Straße. Diesem Rassendenken wollen die Menschen nicht folgen. Und die Stimmen sind vielfältig. Bemerkenswert sind die aus der Popkultur wie von Helene Fischer und aus der Wirtschaft, etwa vom Vorstands-

Es ist notwendig, öffentlich Debatten über die Migrationsgesellschaft jenseits eines populistischen und rassistischen Framings zu führen.

vorsitzenden von Infineon. Letztere fürchten vermutlich auch, dass die Arbeitskräfte noch knapper werden. Schon als Friedrich Merz im letzten Sommer hetzte, Asylbewerber:innen seien der Grund, weswegen man keine Termine beim Zahnarzt bekäme, widersprach der Zahnärzterverband diesem Unsinn öffentlich. Dass solche Akteure sich zu Wort melden, ist nicht zu unterschätzen. Denn auch sie müssen die Frage beantworten: Gibt es ein Bekenntnis zur Migrationsgesellschaft, wie es in den Demonstrationen zum Ausdruck kommt?

Wie geht es weiter?

Es ist notwendig, öffentlich Debatten über die Migrationsgesellschaft jenseits eines populistischen und rassistischen Framings zu führen. Eine entscheidende Frage wird dabei sein, wie man sich zur Migrationsgesellschaft positio-

niert. Dem rechten Grundverständnis eines völkischen Bevölkerungsbegriffs muss eine klare Absage erteilt werden. Es sollte deutlich werden, dass Migration mit gesellschaftlichen Herausforderungen verbunden ist, denen wir uns demokratisch stellen müssen. Der Rechtsruck ist viel breiter und lässt sich nicht nur auf die AfD begrenzen. Die Folgen sind enorm und führen alle in die Defensive. Die Zurückhaltung bei Frauenrechten, wie wir sie gerade von Justizminister Marco Buschmann erlebt haben, gehört genauso dazu wie die Militarisierung im großen Stil, die in ihrer geopolitischen Komplexität ungleich schwerer zu thematisieren ist, denn viele sind von ihrer Notwendigkeit überzeugt. Es geht jetzt darum, mit allen Kräften zu verhindern, dass es bei den Wahlen im Sommer einen absoluten Rechtsruck gibt. Da sind die Demonstrierenden in gewisser Weise auf die Regierung angewiesen. Das gilt aber auch umgekehrt. Wenn auf den Demonstrationen plakatiert wird: „Wir sind die Brandmauer“, dann wird sehr deutlich: Wenn ihr das nicht schafft, dann machen wir das als Gesellschaft jetzt selbst. Das kann man hören und aufnehmen oder auch nicht.

...und wenn ich dich richtig verstanden habe, braucht es dazu auch eine Idee von Solidarität?

Die Demos sind aus meiner Sicht auch ein Bekenntnis zu solidarischem Handeln. Ohnehin muss die Frage der Solidarität ein viel größeres Gewicht bekommen. Wie sonst können wir den zentrifugalen Kräften der Globalisierung begegnen? Finanzialisierung, Digitalisierung, Fragen der Extraktion, die Bedingungen, unter denen wir auf Kosten anderer leben. Wir müssen die Frage neu stellen, wie wir neue und erneuerte Strukturen gesellschaftlicher Solidarität schaffen können. Migration ist immer Demokratie-Außen- und Demokratie-Innenpolitik zugleich: die Art und Weise, wie man sich als Gesellschaft zu den Ankommenden verhält.

Was bedeutet es, dies grundsätzlich demokratisch und solidarisch für alle gestalten zu wollen? Es bedeutet, Grenzen anders zu denken, als Schnittstelle, und zu überlegen, wie man dort Demokratie einbaut. Es reicht vom Ausbau der kommunalen und sozialen Infrastruktur für alle, über klare, progressive Einwanderungsgesetze und Flüchtlingsschutz, einschließlich einer neuen EU-Nachbarschaftspolitik bis zur Demokratisierung der Staatsangehörigkeitsrecht. Das ist das große Programm der Demokratisierung der Grenzen, die sich bis ins Innere durchziehen muss – nicht, weil es um einzelne Migrant:innen geht, sondern weil die Frage der Migration die Frage der Demokratie herausfordert.

Und wie können wir anders über Migration sprechen als, ja, als alle anderen?

Ich bin überzeugt, dass die AfD und ihre Wähler:innen von vielen für Leute gehalten werden, die im Prinzip „zu ihnen“ gehören. Aber was heißt das? Dass sie diese Gesellschaft in ein völkisches Verständnis dieses „Dazugehörens“ treiben. Wenn der ehemalige Bundesinnenminister Horst Seehofer sagt, „Migration ist die Mutter aller Probleme“, dann müssen wir dem entgegensetzen, dass Migration der Anfang der Lösung für jede Demokratie ist. Migration ist die kommende, die zukünftige Bevölkerung.

Das Interview führten Mario Neumann und Kerem Schamberger.

Hilfe in T



Es gibt ein Recht auf Schutz und Hilfe. Doch es gilt nicht in Gaza, wo die Not schreiend groß ist, und nicht in den syrisch-türkischen Erdbeben-gebieten. Über Versuche, allem zum Trotz Hilfe zu leisten und Schutz zu gewähren.

Trümmern



Fotos: Mohammed Zaenoun / Activestills

Während der kurzen Feuerpause Ende November konnten viele Familien ein paar Habseligkeiten aus ihren verlassenen Häusern in Gaza retten.

Alltäglicher Albtraum

Was tun die medico-Partner:innen in Gaza?
Und ist Hilfe überhaupt noch möglich?

Von Chris Whitman und Riad Othman

Die aktuellen Bilder aus Gaza, an deren Anblick die Öffentlichkeit jeden Tag ein bisschen mehr gewöhnt wird, zeigen eine grauenvolle, dystopisch anmutende Realität: In einer Mondlandschaft aus zerstörten Betonbauten, inmitten von Schutt und neben aufgewühlten Straßen oder zwischen Sanddünen ohne Infrastruktur beherbergen Zeltstädte und zertrümmerte Gebäude Hunderttausende Menschen. Inzwischen muss von über 30.000 Toten ausgegangen werden, wenn man die Tausenden, noch nicht offiziell als Opfer erfassten, zum Teil unter Trümmern begraben Menschen mitberücksichtigt. Hinzu kommen über 67.000 Verletzte sowie eine einmalige, vorsätzliche Zerstörung der Lebensgrundlagen von rund zwei Millionen Menschen. Laut dem hebräischen Online-Magazin Sicha Mekomit (dt.: Ortsgespräch) hat die israelische Armee bei vielen ihrer Angriffe keine Einschätzung möglicher „Kollateralschäden“ getroffen. Es gebe zahlreiche Fälle grösster Fahrlässigkeit, wenn nicht gar absichtlicher Angriffe auf zivile Ziele – ohne dass an diesen Orten bewaffnete palästinensische Gruppen präsent gewesen wären. Das Bild des Leidens in Gaza vervollständigen Zahlen, die alle paar Tage von der Weltgesundheitsorganisation oder dem Büro der Vereinten Nationen für humanitäre Angelegenheiten (OCHA) bekanntgegeben werden.

Zu Beginn des Krieges hatte die israelische Armee die palästinensische Bevölkerung in vermeintlich „sichere Zonen“ beordert. Hunderttausende Bewohner:innen aus dem Norden Gazas waren gezwungen, innerhalb kürzester Zeit in Städte wie Khan Younis, Rafah und Deir al Balah weiter südlich zu fliehen; oder an einen Ort wie Al-Mawasi, ein Fleckchen zwischen Sanddünen ohne Strom- und Wasserversorgung, das zu einem provisorischen Lager für Zehntausende geworden ist. Doch sicher waren diese Orte nicht und die Lebensbedingungen waren von Anfang an katastrophal. An keinem von ihnen gibt es eine Infrastruktur, die zur Versorgung so vieler Vertriebener nötig ist. Die Folgen sind Hunger, Krankheit und Tod.

Gemüse ein Luxus

In dieser humanitären Katastrophe, die von vielen internationalen Hilfsorganisationen als beispiellos charakterisiert wird, leisten medicos Partnerorganisationen Unvorstellbares. Die Mitarbeiter:innen der Palestinian Medical Relief Society (PMRS) bieten Menschen an den überfüllten Fluchttorten Erste Hilfe an. Sie organisieren medizinische Versorgung und kümmern sich um Patient:innen mit akuten Infektionen oder chronischen Krankheiten wie Bluthochdruck und Diabetes. Ein Kollege von PMRS be-

gibt sich regelmäßig auf die kurze, aber sehr risikoreiche Fahrt von Khan Younis nach Rafah, vorbei an Wracks ziviler Fahrzeuge und von der israelischen Armee zerschossenen Krankenwagen, die entlang der Strecke zur Wachsamkeit mahnen. Die Kennzeichnung, dass ein Fahrzeug zu einer medizinischen Hilfsorganisation gehört, bietet kaum Schutz.

Ein anderer Kollege, der derzeit als Vertriebener in Deir al Balah, nördlich von Khan Younis, lebt, berichtet, seit Wochen keinen einzigen Hilfsgüter-Transport mehr gesehen zu haben. „Anfang November kamen sie alle paar Tage vorbei, meist mit medizinischen Hilfsgütern und Nahrungsmitteln. Müsliriegel, die bald ablaufen, kleine Mengen Wasser, manchmal altes Brot. Die meisten von uns mussten das wenige verbliebene Geld und sehr viel Zeit aufwenden, um etwas anderes zu essen oder zu trinken zu finden. Frisches Gemüse ist mittlerweile ein Luxus.“ Laut einem weiteren Kollegen der PMRS haben die Preise für Grundnahrungsmittel ein unvorstellbares Ausmaß erreicht: „Ein Kilo Zwiebeln kostet 140 Schekel [35 Euro], früher waren es fünf Schekel. Neulich habe ich 12 Schekel für ein einziges Stück Brot bezahlt, das ist verrückt. Früher haben 20 Stück drei Schekel gekostet.“

Hunderttausenden Menschen droht schon seit Dezember eine Hungersnot. Für große Teile Gazas gelten die höchste und zweithöchste Kategorie im internationalen Warnsystem für Ernährungsunsicherheit. Vor dem Krieg kamen täglich rund 550 Lastwagen mit Gütern nach Gaza. In den ersten zwei Wochen des Krieges verhängte Israel eine vollständige Blockade, auch für humanitäre Hilfe. Seit Anfang Dezember schwankt die Zahl zwischen 75 und 230 LKw täglich. Die LKw-Schlangen reichen viele Kilometer tief nach Ägypten hinein, verlangsamt durch zu wenig Personal und unmotivierte israelische Soldat:innen.

Der Grund für diese künstliche Verknappung liegt in den Augen vieler auf der Hand: Israels Regierung scheint die Zivilbevölkerung kollektiv bestrafen zu wollen, um sie so dazu zu bewegen, Druck auf die Hamas auszuüben. Das ist keine neue Politik, sondern Teil derselben Logik, die die 17-jährige Abriegelung hervorgebracht hat. Die Bevölkerung erhält gerade so viel Hilfe, dass sie nicht verhungert oder vollständig dehydriert, aber nicht genug, um sich sicher fühlen zu können. Menschen stellen sich ab drei oder vier Uhr morgens in die Warteschlange, um eine Flasche Wasser, Ibuprofen oder ein Stück Brot aus den Hilfslieferungen zu ergattern. Angesichts des allgegenwärtigen Mangels und des Hungers, der seit Monaten ein ständiger Begleiter ist, greifen viele zu extremen Maßnahmen: Im Norden zerkleinern Menschen Tierfutter und verarbeiten es zu einer Art Brot. Im Süden zahlen sie exorbitante Preise, wenn sie keine Hilfe von den LKw erhalten, und essen nur alle zwei bis drei Tage. In den Suppenküchen wimmelt es von Hungernen, die auf eine Kelle gekochten Reis hoffen, wie wir aus Gaza hören.

Kein sicherer Ort

Unseren Partner:innen von der feministischen Culture & Free Thought Association (CFTA) aus Khan Younis geht es ähnlich. In ihren Zentren und Wohnhäusern hatten Hunderte Menschen Zuflucht gesucht. Mit der Intensivierung der israelischen Angriffe auf die Stadt und die Ausweitung der Bodenoffensive war ihre Situation schon vor Wochen völlig unhaltbar geworden. „Unser Hauptzentrum befindet sich neben dem großen Krankenhaus des Roten Halbmonds in Khan Younis. Beide wurden tagelang von Luftangriffen und Panzern getroffen, so auch mein Haus“, berichtet Majeda Al-Saqq. „Wir waren alle sehr verängstigt und hatten schreckliche Geschichten über Al-Mawasi ge-

hört. Also fuhr ich nach Rafah, um einen Ort für uns alle zu finden. Es gab dort keinen einzigen Zentimeter Platz. Die Menschen schliefen auf der Straße, unter Bäumen. Hungernde Kinder liefen herum und suchten nach Essbarem. Hunderttausende Menschen in Plastikzelten, die sie selbst bezahlen oder mit einfachsten Mitteln bauen mussten. Ich entschied für uns alle, nach Al-Mawasi zu gehen. Es ist schmerzhaft, auch nur so zu tun, als wäre es eine Entscheidung gewesen. Wir hatten keine Wahl.“

Ein sehendes Auge in Gaza

All das dokumentiert Mohammed Zaanoun. Er ist Fotograf und seit Jahren Teil des Foto-Kollektivs Active Stills, in dem vor allem Palästinenser:innen und jüdische Israelis arbeiten.

Sie fotografieren sowohl den Alltag der Besatzung und des Landraubs im Westjordanland als auch die Abriegelung Gazas. Und sie dokumentieren Protestbewegungen, beispielsweise gegen den Justizcoup in Israel. Mohammed ist seit vielen Jahren das Auge des Kollektivs in Gaza. medico nutzt immer wieder Bildmaterial von ihm, so auch auf diesen Seiten. Inzwischen ist Mohammed zum zweiten Mal vertrieben worden. Mit seiner Frau und den vier Kindern harrt er nahe der ägyptischen Grenze aus, eingekesselt zwischen israelischen Truppen im Osten und dem Mittelmeer im Westen, als einer von inzwischen weit mehr als eine Million Palästinenser:innen. „Ich habe Mühe, meine Kinder mit Nahrung und Wasser zu versorgen. Mein zweijähriger Sohn Kenan verlangt ständig nach Milch, die ich ihm nicht geben kann. Sie sind traumatisiert und reagieren sehr heftig



Anstehen für ein bisschen Essen, hier in Rafah. Der Hunger ist allgegenwärtig im Gazastreifen.

auf das Geräusch von Bomben und Explosionen. Es ist oft schwierig zu arbeiten, da die Kinder mir nicht erlauben, aus dem Haus zu gehen“, sagt er. Zweimal hat er seine Kinder nach israelischen Angriffen schon aus den Trümmern retten müssen. Seine Existenz wie Gaza insgesamt liegt in Trümmern. Doch immerhin leben Mohammed, seine Frau und ihre Kinder noch.

Entführung und Folter

Glück im größten Unglück hatte auch Walid Al-Khalili, der als Fahrer einer mobilen Klinik bei PMRS arbeitet. Im November war der Vater von drei Kindern im Norden Gazas verschwunden. Lange wussten seine Kolleg:innen nicht, ob er noch am Leben ist. Erst Wochen später tauchte Walid wieder auf. Laut seinem Bericht gegenüber dem Palestinian Center for Human Rights in Gaza ist er während seiner Arbeit als medizinischer Helfer von der israelischen Armee festgenommen und nach Israel entführt worden. Walid berichtet von schweren Misshandlungen, Demütigungen und Folter. Er beschreibt, wie ein Apotheker von einem israelischen Scharfschützen ermordet wurde und wie er Zeuge des Todes mehrerer Gefangener in Israel wurde. Nach 41 Tagen wurde Walid zusammen mit etwa 30 anderen Palästinensern zum Güterübergang nach Gaza in Kerem Shalom gebracht. Am 23. Dezember fand er in Rafah zurück zu seiner Familie und seinen Kolleg:innen.

Zwei Stockwerke des PMRS-Zentrums für nicht übertragbare Krankheiten in Gaza-Stadt sind weitgehend zerstört wurden, darunter das Labor, das PMRS mit medico-Unterstützung und Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung über mehrere Jahre aufgebaut hat und das einzigartige Diagnosekapazitäten in Gaza be-

reithielt. Diese Ausstattung war extrem wichtig, weil der medizinische Sektor im gesamten Gazastreifen durch die Abriegelung stark geschwächt war und Diagnose- und Behandlungsmöglichkeiten jenseits der Mauern seit bald zwei Jahrzehnten nicht frei zugänglich sind.

Ob PMRS und medico ein solches Zentrum erneut schaffen können, ist derzeit ungewiss. Die für Hunderttausende Menschen in Gaza viel drängendere Frage ist, ob Israel ihnen überhaupt jemals die Rückkehr in den Norden des Gazastreifens gestatten wird. Nur wenn dieses Recht auf Rückkehr durchgesetzt wird, lässt sich überhaupt über eine Zukunft für Gaza sprechen. Zu dieser müsste nicht nur der Wiederaufbau, sondern auch das Recht auf Selbstbestimmung gehören. Nach all dem sieht es derzeit nicht aus. Was unseren Partner:innen und uns derzeit bleibt, ist die Lieferung von medizinischer Hilfe aus Ägypten, die Unterstützung einer Suppenküche in Rafah und die Bereitstellung bescheidener Mengen von Hilfsgütern im weitgehend entvölkerten Norden Gazas.



Chris Whitman (re.) tut als medico-Büroleiter in der Region sein Möglichstes, um die Partner in Gaza zu unterstützen. Riad Othman trägt ihre Geschichten in die deutsche Öffentlichkeit.

Die medico-Partner:innen in Gaza helfen unter widrigsten Bedingungen und kämpfen ums eigene Überleben. Sie werden auch langfristig Unterstützung benötigen. Jede Spende zählt in diesen katastrophalen Zeiten.

Spendenstichwort: Nothilfe Gaza

Ein Jahr danach

Syrien/Türkei: In den Erdbebengebieten ist die Not noch immer groß – auch weil Ankara und Damaskus Hilfe instrumentalisieren

In der Nacht auf den 6. Februar erfasste ein Jahrhundert-Erdbeben die Grenzregion in Syrien und der Türkei. Nach offiziellen Angaben starben 130.000 Menschen unter den Trümmern, inoffizielle Schätzungen gehen von weitaus höheren Zahlen aus. Tausende werden bis heute vermisst, Millionen Menschen wurden über Nacht obdachlos und haben alles verloren. Mehr als 3 Millionen leben bis heute in Container- und Zeltlagern. Die Spenden- und Hilfsbereitschaft war damals enorm – auch die Nothilfe von medico erfuhr eine große Solidarität. So konnten wir unsere langjährigen Partnerorganisationen in Nordsyrien und der Südosttürkei unmittelbar unterstützen. Ein Jahr später fördern wir Projekte, die Betroffene langfristig unterstützen. Dies ist bitter nötig, denn in der gesamten Erdbebenregion wurde Hilfe auch für politische Zwecke verwendet und kam lange nicht überall an.

Das Versagen des türkischen Katastrophenschutzes war eklatant – vielerorts traf Hilfe nicht oder zu spät ein. Überlebensnotwendige Rettungseinsätze, um Verschüttete zu bergen, blieben oft aus. Stattdessen wurden zivilgesellschaftliche Initiativen kriminalisiert und Hilfsgüter beschlagnahmt. Die Verstrickung des türkischen Staates in die Machenschaften eines korrupten Bausektors, mangelnde Prävention, Hilfsskandale in regierungsnahen Hilfsorganisationen und ignorierte Warnungen – all dies bedürfte einer unabhängigen Aufarbeitung, die es nicht gibt. Mitten in der Erdbebenhilfe fanden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen statt, die der Autokrat Erdogan trotz des staatlichen Versagens gewann.

In Syrien zerstörte das Erdbeben Tausende Häuser, forderte mindestens 8.000 Tote und bis zu 8 Millionen Betroffene. Seit Jahren leben die Menschen dort in einer humanitären Dauerkrise – das Erdbeben ist ein neuer Tiefpunkt der syrischen Katastrophe. Aufgrund der türkischen Grenzblockade und der Instrumentalisierung der Hilfe durch Diktator Assad dauerte es tagelang, bis internationale Hilfslieferungen in den stark zerstörten Nordwesten, nach Idlib und Afrin, gelangen konnten. Im kurdischen Nordosten kamen bis heute keine Hilfslieferungen an. Im gesam-

ten, kriegsgebeutelten Norden Syriens leben Millionen Binnenflüchtlinge, die schon vor dem Beben auf humanitäre Hilfe angewiesen waren. Bis heute ist ihre Versorgungslage extrem prekär und UN-Programme werden trotz steigenden Bedarfs sukzessive gestrichen. Assad konnte sich über die internationale Hilfe weiter rehabilitieren und als Retter in Not präsentieren. Derweil geht der Krieg weiter: In Idlib bombardiert das syrische Regime, in Afrin morden islamistische Rebellen und türkische Raketen treffen gezielt zivile Infrastruktur in Rojava und erschweren so die Hilfe und das Überleben in den Lagern enorm.

NOT LINDERN, PERSPEKTIVEN SCHAFFEN

Wie medico-Partnerorganisationen vor Ort Hilfe leisten



Fotos: Heyva Sor A Kurd

KOOPERATIVEN

Südosttürkei. In der Region Malatya ist staatliche Hilfe insbesondere in den stark zerstörten kurdisch-alewitischen Bergdörfern bisher kaum angekommen. medico unterstützt hier den gemeinschaftlichen Wiederaufbau von Häusern und sichert Bleibeperspektiven: Damit die betroffenen Familien ein Auskommen in ihren Dörfern haben und nicht wegziehen müssen, hilft medico außerdem bei der Gründung landwirtschaftlicher Kooperativen.

Fundament für eine ungewisse Zukunft.

Helfer:innen der medico-Partnerorganisation Kurdischer Roter Halbmond in einem Flüchtlingslager in Nordostsyrien.



NOTHILFE UND PSYCHOSOZIALE UNTERSTÜTZUNG

Nordwestsyrien. In den Regionen um Idlib und Afrin waren nach dem Erdbeben zunächst alle Zugänge für internationale Hilfe in die von islamistischen Rebellengruppen kontrollierten Gebiete versperrt. Ein Jahr später fehlt es, wie schon vor dem Erdbeben, immer noch an allem. Millionen Binnenflüchtlinge in der Region müssen versorgt werden. Die medico-Partner:innen, darunter das Frauenzentrum in Idlib, organisieren Notunterkünfte und die Verteilung von überlebensnotwendigen Gütern für mehrere Tausend Familien sowie psychosoziale Unterstützung für die traumatisierten Betroffenen.

GESUNDHEIT, WASSER, PRÄVENTION

Nordostsyrien. In Rojava organisiert die langjährige medico-Partnerorganisation „Kurdischer Roter Halbmond“ weiterhin mit eigenen Mitteln die Nothilfe und kümmert sich um Zehntausende obdachlos gewordene Familien. Viele leben in Zeltlagern in der Region Shebha, wo schon seit Jahren Hunderttausende Flüchtlinge aus Afrin unter schwierigsten Bedingungen ausharren. Dank der medico-Spenden konnten die Nothelfer:innen auch langfristige Maßnahmen angehen. Im kurdischen Stadtteil Sheikh Maqsud in Aleppo ist eine Klinik für die medizinische Grundversorgung wiederaufgebaut worden. Mit solarbetriebenen Wasserbrunnen wird die Wasserversorgung für die Menschen im Lager in Shebha sichergestellt. Zudem werden die Notfallteams in der Katastrophenprävention fortgebildet sowie Such- und Rettungstrainings organisiert.



PSYCHOSOZIALE ARBEIT IN NOTUNTERKÜNFEN

Südosttürkei. Die Lebensbedingungen der Überlebenden in den Containersiedlungen und Zeltstädten sind schlecht. Oft ist die Wasserversorgung unzureichend und es gibt zu wenig sanitäre Einrichtungen, Abrissarbeiten haben Asbest freigesetzt. Mit dem Erleben werden die Menschen alleingelassen, Frauen berichten von zunehmenden Übergriffen. Hier kommen die Mitarbeiterinnen der Frauenorganisation ROSA zum Einsatz. In Adiyaman und Diyarbakır bieten sie mit medico-Unterstützung psychosoziale Beratung für Frauen an. Auch rechtliche Unterstützung und soziale Aktivitäten sind Teil des Programms.

MOBILE KLINIKEN

Südosttürkei. Alte und kranke Menschen auf dem Land hat das Erdbeben besonders hart getroffen und isoliert. Daher betreiben die Gewerkschaft der Gesundheitsarbeiter:innen, die traditionell oppositionelle Ärztekammer und der Apothekerverband mit Unterstützung von medico mobile Kliniken. Mit diesen können Ärzt:innen und Pfleger:innen auch entlegene Gebiete in den Provinzen Hatay, Kahramanmaraş und Adiyaman erreichen. Und sie bringen Gesundheitsdienste in die verstreuten Zelt- und Containerlager. Die Gesundheitsarbeiter:innen sind Teil des „Nothilfe- und Solidaritätsnetzwerks“, das sich unmittelbar nach dem Erdbeben in Diyarbakır gegründet hat. Ziel ist ein besserer Katastrophenschutz, eine engere Abstimmung von Hilfsmaßnahmen und die langfristige Arbeit im Erdbebengebiet.



Mit Ihrer Hilfe verwirklichen unsere Partner:innen auch unter schwierigen Verhältnissen den Grundsatz, dass Hilfe alle erreichen muss. Sie sind vor Ort, sie bleiben vor Ort. Mit einer medico-Fördermitgliedschaft können Sie dieses Engagement auch langfristig unterstützen.

www.medico.de/foemi



Maschi- nerie der Ge- walt



CORREDOR SEGURO
PARA MUJERES

UTILIZA EL
CARRIL PEATONAL

Fotos: Medico

Freies WLAN als Teil eines Schutzkonzeptes für Frauen im Stadtzentrum von Ciudad Juárez.
Kreuze erinnern an die Opfer der Feminizide.

Seit Jahrzehnten werden Frauen in der mexikanischen Grenzstadt Ciudad Juárez brutal ermordet. Warum ändert sich nichts?

Von Jana Flörchinger und Moritz Krawinkel

An einer vielbefahrenen Kreuzung im Südosten von Ciudad Juárez, zwischen Neubauten, Hotels, Tankstellen und Gewerbeanlagen, betreten wir einen unwirklichen Ort: die Gedenkstätte „Campo Algodonero“. 2001, als hier noch Feld war, wurden zwischen Baumwollpflanzen acht Leichen gefunden, die Überreste von Mädchen und Frauen im Alter zwischen 15 und 20 Jahren. Viele Jahre später wurde hier ein Ort der Erinnerung geschaffen. Das Gelände ist von einer Mauer umgeben. Im Zentrum ist eine steinerne Gedenktafel in der Erde verankert, die an die ermordeten Frauen erinnert. Daneben gibt es weitere Tafeln, auch sie tragen weibliche Namen. Und überall vergilbte Plakate mit Suchaufrufen nach verschwundenen und nie gefundenen Mädchen und Frauen. Die Wände der Gedenkstätte sind überzogen mit feministischen Graffiti, aus denen Anklage, Wut und Trauer sprechen. Es ist ein merkwürdig unfertiger Ort, gleichzeitig offiziell und provisorisch. Auf rosafarbenen Holzkreuzen fordern drei Worte „Ni una mas“: Keine mehr.

Seit drei Jahrzehnten ist die Grenzstadt im Norden Mexikos, eines der wichtigsten Wirtschaftszentren des Landes und nur einen Steinwurf von El Paso im US-amerikanischen Texas entfernt, berühmt-berüchtigt: Ciudad Juárez ist bekannt als eine der gefährlichsten Städte der Welt, von Drogenkartellen und Banden beherrscht und

von einer mörderischen Gewalt gegen Frauen gezeichnet. Anfang der 1990er-Jahre machten Journalist:innen und Aktivist:innen erstmals eine Vielzahl von Morden an Frauen öffentlich, sogenannte Feminizide. Die Verbrechen waren zugleich brutal und systematisch: Die Täter inszenierten die entstellten Körper der Opfer gut sichtbar an vielbefahrenen Kreuzungen und anderen öffentlichen Orten. So ging es Jahr für Jahr weiter, hundertfach, tausendfach. Bei den meisten Opfern handelte es sich um junge Frauen, Heranwachsende und Mädchen aus wirtschaftlich prekären Verhältnissen.

Gewalt und Maquila

Wie ein Magnet zieht die hiesige Gewalt seither weltweit Aufmerksamkeit auf sich. Es gibt unzählige Veröffentlichungen über die „Stadt der Frauenmorde“, auch eine Netflix-Serie erzählt von der Gewalt in Ciudad Juárez. An der Situation geändert hat sich gleichwohl wenig. Auch in den vergangenen fünf Jahren wurden hier 800 Frauen ermordet, allein 2023 waren es über 150. Die Mordrate der Stadt ist 40 Mal so hoch wie die Berlins. Wie kommt es, dass sich die Gewalt so tief und scheinbar unabänderlich in die Stadt eingeschrieben hat?

Wir sind mit Leobardo Alvarado am Stadtrand

von Ciudad Juárez unterwegs, wo Fabrik-Rohbauten, trostlose Siedlungen, Brachen und Abzweigungen ins Nichts in die Wüste übergehen. Alvarado ist Soziologe und Aktivist. Mit rauer Stimme erzählt er uns von der Entwicklung der Stadt. „Hier hat man sich schon immer eine goldene Nase damit verdient, was in den USA benötigt wird oder untersagt ist.“ Während der Prohibition wurde in Juárez massenhaft Whisky produziert. Die Stadt entwickelte sich zu einem Las Vegas im Schatten der Grenze und des Gesetzes, mit Bars, Casinos und Nachtclubs samt Schutzgeldgeschäften und Entführungen. Hinzu kam der grenzüberschreitende Handel – mit Drogen mit all seinen Begleiterscheinungen. Bis heute prägt er die Gewalt-Ökonomie der Stadt. Vor allem aber ist Ciudad Juárez zur verlängerten Werkbank der USA geworden. „In den 1960er- und 1970er-Jahren entstanden die Maquilas und transformierten die bis dahin bäuer-

lich geprägte Region grundlegend“, erklärt Alvarado. Maquilas sind Montagefabriken, in denen zunächst die Konsumgüter für die wachsende Nachfrage in den USA zusammengeschaubt wurden: Autos, Haushaltsgeräte, Kleidung. Das Modell nahm Fahrt auf, Ciudad Juárez florierte. Viele konnten sich erstmals ein eigenes Häuschen leisten oder ein Auto kaufen. Die prosperierende Stadt investierte in Infrastruktur und Kultur, baute moderne Museen und Theater. Dann kamen die 1980er- und 1990er-Jahre und mit ihnen die neoliberale Globalisierung und die Freihandelsabkommen mit den USA. In Ciudad Juárez hat das einen vollends deregulierten Kapitalismus entfesselt. Alvarado: „Das heutige Maquila-System ist eine Maschinerie der Armut.“

Von einer Anhöhe aus öffnet sich der Blick auf eine Landschaft schmuckloser Montagefabri-



Verblasste Spuren: Suchaufrufe nach verschwundenen Frauen und Mädchen auf dem Gelände der Gedenkstätte „Campo Algodonero“.

ken, aneinandergereiht wie eine Flotte Raumschiffe. Die meisten Betriebe gehören transnationalen Konzernen, die Produktionszweige hierher ausgelagert haben. Auf einer Industriehalle leuchten im Sonnenlicht rote Buchstaben: BOSCH. Entlang einer Ausfallstraße werden gerade Dutzende weitere Hallen hochgezogen, in wenigen Monaten werden auch hier Arbeiter:innen am Fließband stehen und 48 Stunden pro Woche Autoteile lackieren, Sitzpolster zusammennähen, medizinische Geräte fertigen und Kühlschränke verschrauben. 350.000 der rund 1,5 Millionen Bewohner:innen der Stadt arbeiten in solchen Hallen, weitere 400.000 Menschen sollen indirekt von der Industrie abhängig sein. Die Arbeitstage sind lang, die Löhne niedrig. Immer neue Migrationsbewegungen aus dem Süden des Landes und Zentralamerika machen die Arbeitskraft billig und ausbeutbar. Arbeitgeber haben angesichts der allgemeinen Straflosigkeit nur selten etwas zu befürchten, wenn sie den Gesundheitsschutz umgehen, gewerkschaftliche Organisation unterbinden oder Umweltauflagen ignorieren.

Eine pulverisierte Stadt

Parallel zu dieser Entwicklung haben Stadt und Staat Investitionen in Infrastrukturen und Sozialpolitik auf ein Minimum reduziert. Ganze Siedlungen sind von der Wasserversorgung abgeschnitten, Straßen sind weder asphaltiert noch beleuchtet, Busse fahren selten. Das Leben der Arbeiter:innen ist auf das absolut Notwendige reduziert: Arbeit in der Fabrik, Reproduktion in trostlosen Siedlungen, dazwischen Konsum und ein wenig Freizeit in den Shopping-Malls. Einen öffentlichen Raum gibt es praktisch nicht mehr. Die Mauern, Zäune und Gated Communities der Bessergestellten verstärken die Spaltung. Der Sozialwissenschaftler Héctor Padilla von der Autonomen Universität Ciudad Juárez spricht von einer „pulverisierten,

feudalen Stadt“. Wer kann sich sicher von hier nach da bewegen? Wer ist geschützt? Wer muss auf unbeleuchteten Wegen zur weit entfernten Bushaltestelle laufen? All das ist extrem ungleich verteilt. Die Dynamik der Stadt ist von schnellem Geld und Straflosigkeit geprägt. Laut Alvarado hat die Ökonomie der Montagefabriken die Spekulation mit Boden zum lukrativsten Geschäft für den Bausektor, transnationale Unternehmen der Maquilas und örtliche Drogenkartelle gemacht. Das, so Alvarado, sind die größten Kartelle der Stadt. Welche Rolle der Staat und seine Institutionen dabei spielen? Alvarado winkt ab. Diese seien tief durchdrungen von der organisierten Kriminalität. „Sie organisieren die Geschäfte“, die legalen wie die illegalen.

Was hat all das mit der systematischen Gewalt gegen Frauen zu tun? Die feministische Forscherin Julia Monarréz, die seit den 1990er-Jahren zu geschlechtsspezifischer Gewalt an der Grenze forscht, sieht einen klaren Zusammenhang: Mit dem Maquila-System in seiner neoliberalen Form seien auch die Feminizide aufkommen: „Eine Moral der Individualisierung braucht Gewalt, um politische Organisation zu erschweren.“ Die Gewalt individualisiere die Gesellschaft und „eine Stadt von Individuen bringt ausbeutbare Subjekte hervor“. Und Monarréz zufolge verbinden sich diese ökonomischen Gewaltverhältnisse in Ciudad Juárez mit der tief in der Gesellschaft verankerten patriarchalen Tradition. Die Ökonomie der Maquilas hat ihre Rolle als „Ernährer“ und „Familienoberhaupt“ gleich doppelt untergraben: Sie sind in eine Prekarität gerutscht, die nur durch die Erwerbsarbeit der Frauen aufgefangen werden kann. Viele Männer deuten diese Infragestellung als doppelten Angriff auf ihre Männlichkeit. Auch die argentinisch-brasilianische Anthropologin Rita Segato hat sich intensiv mit den „Frauenmorden von Juárez“ auseinandergesetzt. Sie betont: Ein „Mandat der Männlichkeit“ fordere Männer dazu

auf, sich beständig als solche zu beweisen. Die Feminizide mit der öffentlichen Inszenierung misshandelter Leichen sind die extremste Form dieser Wiederherstellung von Männlichkeit.

All das vermischt sich in Ciudad Juárez mit der Macht und den Kämpfen der Kartelle. Alvarado hat an einer Brache in der Wüste angehalten. In dem sandigen Boden steckt ein Holzkreuz mit einer verblichenen Schleife. „Hier wurde neulich eine Leiche gefunden“, erklärt er. Zufall sei das nicht. Der Körper und nun das Kreuz markieren ein Territorium: Hier beginnt das Einzugsgebiet eines Kartells. Dem mexikanischen Historiker Daniel Inclán zufolge hat diese scheinbar willkürliche Gewalt eine ordnende Funktion: Sie demonstriert Kontrolle. Der tote Körper einer Frau gut sichtbar auf einer Brache in der Wüste liegend – es ist die extremste Form einer männlichen Symbol- und Machtpolitik.

Wir treffen Verónica Corchado im Stadtzentrum auf einen Kaffee. Vor zehn Jahren hat sie das Kommunale Fraueninstitut aufgebaut, um Maßnahmen zur Prävention von geschlechtsspezifischer Gewalt anzustoßen. In dem Institut begleitet ein Team aus Psycholog:innen, Sozialarbeiter:innen und Anwält:innen Betroffene familiärer Gewalt. Die Mitarbeiter:innen entwickeln Vorschläge für eine geschlechtsspezifische Untersuchung bei Gewaltverbrechen gegen Frauen und Kinder. Und sie initiieren Maßnahmen zur Verbesserung der öffentlichen Sicherheit. Im Stadtzentrum, wo die meisten Frauen und Mädchen verschwinden, ist auf Initiative des Instituts ein sogenannter Sicherheits-Korridor entstanden: An ausgeleuchteten Kreuzungen hängen Stadtpläne zur Orientierung. Sicherheitsnummern werden beworben, die Frauen in der Not anrufen können. Es sind kleine Verbesserungen. An den strukturellen Verhältnissen ändern sie nichts. Verónica stellt ihre Tasse ab und ringt kurz um Fassung. Dann berichtet sie von einem Angriff auf das Institut. Vor vier Jahren haben Schwebewaffnete am helllichten Tag aus einem Pickup mit Maschinengewehren auf das Gebäude geschossen. Warum das geschehen ist? Weil sich nichts ändern soll.

FEMINISMUS-DOSSIER

In ihrem Einsatz für eine gerechtere Welt kämpfen viele medico-Partnerorganisationen auch gegen patriarchale Machtstrukturen. Rechte Kampagnen gegen „Gender“ treiben die maskuline Hegemonie weiter voran. Feministische Bewegungen begehen überall auf der Welt dagegen auf, auch medico-Partnerorganisationen – von kleinen Initiativen wie die Frauenorganisation Aman im Irak bis zu den großen Mobilisierungen der Marcha das Mulheres in Brasilien. In einem neuen Dossier auf der medico-Homepage sammeln wir Beiträge über ihre Arbeit und analytische Texte, die die Pluralität feministischer Kämpfe abbilden: www.medico.de/feminismus

Immerhin: Das Institut ist nicht allein. Auch andere Menschen und Bewegungen wehren sich und versuchen, den pulverisierten städtischen Raum für das Leben zurückzuerobern. Eine Initiative organisiert Flohmärkte auf einem als gefährlich geltenden Platz im Stadtzentrum, eine andere hat ein Haus gekauft und darin ein soziales Zentrum gegründet. Graffiti-Künstler:innen veranstalten Mal-Aktionen mit Konzert an der Grenze. Feministische Demonstrationen sorgen dafür, dass sich Frauen zumindest für einen Moment sicher bewegen können. Viele der Initiativen sind direkt oder indirekt mit Familien verbunden, deren Kinder entführt oder ermordet wurden. Für feministi-



Prominent, aber wirkungslos? An der Grenzbrücke nach El Paso wird der getöteten Frauen und Mädchen gedacht.

sche Bewegungen in Mexiko und Lateinamerika sind die Kämpfe von Angehörigen ein wichtiger Bezugspunkt. Aus der Analyse der Gewalt in Ciudad Juárez haben sich Ansätze entwickelt, um patriarchale Gewalt zu verstehen und Gegenstrategien zu entwickeln. Vielleicht ist das das Hoffnungsvollste, was sich sagen lässt: Aus der Gewalt erwachsen immer auch Versuche zu verstehen, Widerstand zu leisten und für Veränderung zu streiten.

Ein wegweisendes Urteil

Zurück auf der Gedenkstätte „Campo Algodonero“. Die Anlage geht nicht auf eine Initiative

der Stadtverwaltung von Ciudad Juárez, der Regierung von Chihuahua oder des mexikanischen Staates zurück. Angesichts der Ergebnislosigkeit der polizeilichen Ermittlungen und behördlicher Ignoranz hatten die Eltern von drei der hier getöteten Frauen Klage eingereicht. In einem wegweisenden Urteil stellte der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte 2009 das frauenverachtende Vorgehen der Behörden gerichtlich fest und machte den Staat Mexiko mitverantwortlich für die Folter, die sexualisierte Gewalt und den Mord an Mädchen und Frauen. Der Fall wurde zum Referenzpunkt des Widerstands gegen Feminizide. Das Gericht verurteilte den mexikanischen Staat auch dazu, Maßnahmen gegen die fortgesetzte Gewalt zu ergreifen sowie eine Gedenkstätte zu errichten. Letzteres hat er getan, jenen unwirklichen Ort zwischen Neubauten, Hotels und Gewerbeanlagen. Die Forderung nach Veränderung hingegen ist bis heute, 15 Jahre später, unerfüllt geblieben.



Jana Flörchinger und Moritz Krawinkel bilden bei medico das Tandem für die Projektregionen Mexiko und Zentralamerika. Gemeinsam haben sie kürzlich Ciudad Juárez besucht und dortige Aktivist:innen getroffen.

Die allgegenwärtige Gewalt in Mexiko erstickt Initiativen und isoliert die Betroffenen. Seit vielen Jahren unterstützt medico Organisationen, die dem entgegenarbeiten – entlang der Fluchtrouten und beim Einsatz für Menschenrechte.

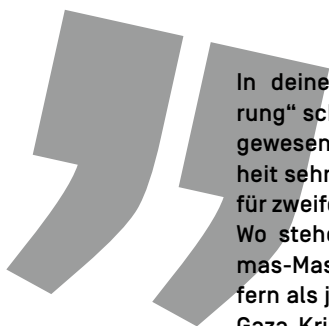
Spendenstichwort: Mexiko

Das Interview.
Fragen an Michael Rothberg

Wir brauchen eine Ethik des Vergleichs



Michael Rothberg hat den Samuel Goetz-Lehrstuhl für Holocaust-Studien der 1939 Society inne und ist Professor für englische und vergleichende Literaturwissenschaft an der University of California in Los Angeles.



In deinem Buch „Multidirektionale Erinnerung“ schreibst du, das Jahr 1993 sei ein Jahr gewesen, „in dem das Echo der Vergangenheit sehr stark war und in dem der Holocaust für zweifelhafte Zwecke vereinnahmt wurde“. Wo stehen wir jetzt, dreißig Jahre, ein Hamas-Massaker mit mehr jüdischen Todesopfern als je zuvor seit dem Holocaust und fünf Gaza-Kriege später? Was für ein Jahr oder gar Wendepunkt war 2023?

1993 wurde das Holocaust-Memorial-Museum in den USA eröffnet und der Film „Schindlers Liste“ erschien. Gleichzeitig gewannen die Neonazis an Bedeutung, der Völkermord in Jugoslawien begann und ein Jahr später der in Ruanda. Rückblickend kann diese Zeit als der Moment nach dem Kalten Krieg betrachtet

werden, in dem die Erinnerung an den Holocaust „globalisiert“ und mit einer universalistischen Vision der internationalen Menschenrechte verbunden wurde. Diese Vision ist in den letzten Jahren durch das Erstarken der populistischen Rechten auf der ganzen Welt ins Wanken geraten, aber die jüngsten Ereignisse

Eine nicht relativierende
Universalisierung der Lehren
aus dem Holocaust lautet:
Nie wieder für alle!

nisse könnten eine noch größere Herausforderung für den bisherigen Konsens darstellen. Für einige haben die Anschläge vom 7. Oktober die Überzeugung gestärkt, dass ein jüdischer Staat für das Überleben des jüdischen Volkes und zur Vermeidung einer Wiederholung des Holocausts notwendig ist und dass alle Mittel

gerechtfertigt sind, um diese Ziele zu erreichen. Andere hingegen sehen den Krieg im Gazastreifen als den Moment, in dem die Erinnerung an den Holocaust völlig auf den Kopf gestellt wurde und als Deckmantel für „ethnische Säuberungen“ und den potenziellen Völkermord an einer anderen Gruppe herhalten muss. Ob sich zwischen diesen Positionen eine unüberbrückbare Kluft verfestigt oder nicht, wird wahrscheinlich davon abhängen, wie sich der Rest des Krieges entwickelt und was wir über das Ausmaß der palästinensischen Verluste herausfinden.

Derzeit vergleichen einige den Hamas-Angriff vom 7. Oktober mit dem Holocaust und bezeichnen ihn als Genozid, während andere die Bombardierung des Gazastreifens durch Israel für einen Genozid halten. Welche Absichten stehen dahinter?

Ich denke, dass die Assoziation des 7. Oktober mit dem Holocaust einerseits ein spontaner Ausdruck des Entsetzens über die Gewalt war, die sich an diesem Tag ereignete. Andererseits kann mit dieser Assoziation die israelische Reaktion leicht gerechtfertigt werden: Wenn der 7. Oktober ein weiterer Holocaust oder „Zivilisationsbruch“ war, wie einige im deutschen Kontext argumentiert haben, dann scheint fast jede Reaktion, egal wie hart sie ist, als legitim. Für diejenigen, die die Bombardierung und Invasion des Gazastreifens als Genozid bezeichnen, sind die Beweggründe anders. Erstens ist es ein Versuch zu prüfen, ob das Völkerrecht in diesem Zusammenhang irgendeine positive Wirkung haben kann. Vor allem aber geht es darum, die Aufmerksamkeit auf das Ausmaß der Gewalt zu lenken und ihr ein Ende zu setzen. Das war das Argument von Masha Gessen: Der Vergleich mit dem Holocaust kann ein Weg sein, die Gewalt zu stoppen, bevor sie tatsächlich zum Genozid wird. Die Klärung juristischer Fragen ist auf lange Sicht wichtig. Aber wie Gessen bin auch ich der Meinung,

Michael Rothbergs Buch „Multidirektionale Erinnerung“, das 2021 in deutscher Übersetzung erschien, stellt eine wichtige Intervention in den deutschen Diskurs um angemessenes Erinnern an Menschheitsverbrechen dar. Die für Dezember 2023 geplante und von Rothberg mitkurierte Konferenz „We still need to talk – Hin zur relationalen Erinnerung“ wurde von der Bundeszentrale für politische Bildung aus Solidarität mit Israel und den Opfern des 7. Oktober auf einen unbestimmten Zeitpunkt verschoben.

dass es jetzt vor allem darum geht, das Töten zu stoppen.

Der von dir erwähnten Publizistin Masha Gessen wurde im Rahmen der Verleihung des Hannah-Arendt-Preises kürzlich vorgeworfen, einen unzulässigen Vergleich zwischen dem Gazastreifen und dem Warschauer Ghetto anzustellen. Warum war die Reaktion auf diesen Vergleich in Deutschland so heftig?

Masha Gessens Vergleich war meines Erachtens eine bewusste Provokation. Er stand im Kontext einer starken Kritik an der deutschen und europäischen Erinnerungskultur und der Art und Weise, wie die Erinnerung an den Holocaust die Einstellung zur Politik in Israel und Palästina verzerren kann. Die Reaktion aus

Der Vergleich mit dem Holocaust kann ein Weg sein, die Gewalt zu stoppen, bevor sie tatsächlich zum Genozid wird.

Deutschland war angesichts der Entwicklungen der letzten Jahre – und insbesondere der Zeit nach dem 7. Oktober – wenig überraschend. In Deutschland zögert man derzeit offensichtlich nicht, jüdische Intellektuelle und Künstler:innen der „Relativierung“ des Holocaust oder gar des Antisemitismus zu bezichtigen. Ich weiß nicht genau, wie wir an diesen Punkt gelangt sind, aber wir können sehen, dass die Entwicklungen der letzten paar Jahrzehnte in diese Richtung führen. In dem Maße, wie die Erinnerung an den Holocaust nach der Wiedervereinigung 1990 zunehmend ritualisiert und in die Logik des Staates integriert wurde,

wurde aus einem selbstkritischen Umgang mit der Erinnerung ein selbstzufriedener. Wir sind weit entfernt von der Zeit der 1980er-Jahre, als Basisbewegungen neue Erinnerungsorte schufen und Künstler:innen kritische, antifaschistische Gedenkdenkmäler entwarfen.

Der 7. Oktober hat in Deutschland die Tendenz verstärkt, Antisemitismus Muslim:innen zuzuweisen, Stichwort „Sonnenallee, Neukölln“. Nun hast du genau dort zusammen mit Yasemin Yildiz „ein migrantisches Archiv der Holocaust-Erinnerung“ angelegt, in dem es um den Umgang von Migrant:innen mit diesem Teil der deutschen Geschichte geht.

Yasemin Yildiz und ich bemerkten diese Tendenz zum ersten Mal um das Jahr 2008 herum. In Berlin stießen wir auf verschiedene Gruppen, die gegründet worden waren, um einem angeblichen Anstieg des Antisemitismus unter Migrant:innen und Muslim:innen entgegenzuwirken. Wir waren verblüfft und fragten uns, warum dieses Anliegen plötzlich auftauchte. Die aktuellen Debatten, die du ansprichst, gehen in eine ähnliche Richtung, allerdings in einer besonders aufgeladenen Situation. Ich bezweifle nicht, dass es in der gesamten deutschen Gesellschaft Antisemitismus gibt, auch unter Muslim:innen, aber die Politisierung der Definition von Antisemitismus – zum Beispiel die Art und Weise, wie die IHRA-Definition verwendet wird, um Kritik an der israelischen Politik zu unterdrücken – macht es sehr schwierig, einen Konsens darüber zu erzielen, was antisemitisch ist und was nicht. Ich glaube, dass Einwanderer und Einwandererinnen, auch „muslimische“ Einwanderer und Einwandererinnen, sich weiterhin auf kreative und wertvolle Weise mit der Erinnerung an den Holocaust auseinandersetzen. Und anders als 2008 widerspricht heute eine beträchtliche Anzahl von Jüdinnen und Juden in Deutschland dem vorherrschenden Diskurs über muslimischen Antisemitismus und demonstriert Solidarität mit

den Palästinenser:innen. Diese Art von Allianzen ist von entscheidender Bedeutung. Der Slogan der „Jüdischen Stimme für den Frieden“ in den USA lautet „Nie wieder für alle“ – eine nicht relativierende Universalisierung der Lehren aus dem Holocaust, die ich auch bei einigen Aktivist:innen in Deutschland sehe.

Für die AfD sind der Antisemitismusvorwurf und Solidaritätserklärungen gegenüber Israel ein Ticket geworden, um Zutritt zum politischen Mainstream zu erlangen. Gleichzeitig dienen sie ihr zur Durchsetzung ihrer rassistischen Ziele. Wie konnte das passieren?

Die rechtsextreme Instrumentalisierung des „Kampfes gegen Antisemitismus“ und der Solidarität mit Israel ist eine der beunruhigendsten Entwicklungen der letzten Jahre. Diese Legitimationsstrategie ist ziemlich weit verbreitet und schließt die christliche Rechte in den Vereinigten Staaten ebenso ein wie verschiedene populistische Regierungen in Osteuropa. Vielleicht ist die richtige Frage nicht, wie es dazu kommen konnte, sondern wie wir uns wirksam dagegen wehren können. Für mich liegt die Antwort darauf in einer Strategie, die Allianzen zwischen verschiedenen Minderheiten beinhaltet – in Deutschland wären das Juden und Jüdinnen, Palästinenser:innen, Migrant:innen, Schwarze Deutsche, People of Color und andere. Solche Allianzen erfordern ein intersektionales Verständnis davon, wie Hass und Vorurteile funktionieren, und eine Solidarität, die über die eigene Gemeinschaft hinausgeht. Diese Arbeit wird von vielen Menschen geleistet; es ist eine schwierige Arbeit, aber sie ist von entscheidender Bedeutung.

Im globalen Maßstab scheinen die Identifikation und Solidarität mit den Palästinenser:innen deutlich stärker zu sein als zum Beispiel mit den Rohingya oder den Uigur:innen. Wenn du diese Beobachtung teilst: Wie lässt sich das erklären?

Es ist wahrscheinlich richtig, dass sowohl die Verteidigung Israels als auch die Solidarität mit den Palästinenser:innen Formen der Identifikation sind, die über das hinausgehen, was man bei anderen Konflikten findet. Der Genozidforscher Uğur Ümit Üngör hat dieses Problem gerade in einem wichtigen Aufsatz im Journal of Genocide Studies ausführlich erörtert. Bezugnehmend auf den niederländischen Wissenschaftler Bart Willems nennt er mehrere Gründe für die unverhältnismäßige Fokussierung auf diesen Konflikt: „eine religiöse Beschäftigung mit der angeblichen Heiligkeit des Gebiets für die drei großen Monotheismen; die Tatsache, dass Juden und Jüdinnen als die wichtigsten rassifizierten ‚Anderen‘ Europas dort leben; die Politisierung des Konflikts entlang breiterer ideologischer Linien; und Palästina als Cause

Die rechtsextreme Instrumentalisierung des „Kampfes gegen Antisemitismus“ und der Solidarität mit Israel ist eine der beunruhigendsten Entwicklungen der letzten Jahre.

célèbre [berühmte Angelegenheit] in der arabischen und islamischen Welt“. Ich selbst glaube nicht, dass die Aufmerksamkeit der Menschen für die Ereignisse verhältnismäßig und absolut gerecht sein muss – das scheint ein unmögliches Ideal zu sein. Als jemand, der sich dagegen ausgesprochen hat, die Erinnerung nach der Logik des Nullsummenspiels zu konzipieren, glaube ich auch nicht, dass das Interesse an Israel und Palästina das Interesse an anderen Ereignissen in irgendeiner Weise blockiert.

Im Dezember 1948 beschloss die Generalversammlung der Vereinten Nationen unter dem Eindruck des Holocaust die Völkermord-Konvention. Nun sieht sich Israel, wohin viele jüdische Überlebende des Holocaust geflohen sind, selbst mit dem Vorwurf des Genozids konfrontiert. Ist der sofortige Abwehrreflex der Bundesregierung Ausdruck rein rationaler politischer Abwägungen? Oder kommt darin auch eine Abwehr des schwer erträglichen Gedankens zum Ausdruck, dass Opfer zu Täter:innen werden können?

Die Vorstellung, dass Opfer zu Täter:innen werden, ist sehr beunruhigend. Sie stellt die verbreitete Annahme infrage, dass Opfer unschuldig und passiv und in einer ewigen, unveränderlichen Identität gefangen sind. Aber ich bin mir nicht sicher, ob die Komplexität des Verständnisses von Opfern das Hauptproblem im deutschen Kontext ist. Die Lauterkeit Israels und die Unschuld der Jüdinnen und Juden scheint für das deutsche Selbstverständnis nach dem Holocaust von zentraler Bedeutung zu sein. Deutschlands „Wiedergutwerdung“ nach dem Nationalsozialismus erfordert, dass Jüdinnen und Juden einen festen Platz in dem einnehmen, was Michal Bodemann vor langer Zeit das deutsche „Gedächtnistheater“ genannt hat. Die Tatsache, dass Jüdinnen und Juden über die ihnen in diesem Szenario zugewiesene Rolle als unschuldige Opfer hinaus zu Akteur:innen unterschiedlichster Art geworden sind – ob als potenzielle Täter:innen von Kriegsverbrechen in Gaza oder als radikale Gegner:innen dieser Kriegsverbrechen auf den Straßen Berlins –, stört das deutsche Selbstverständnis der Tugendhaftigkeit und die kollektive Identität Deutschlands.

Im Interview mit der taz sagte der Historiker Omer Bartov kürzlich: „Ich mag keine Nazi-Vergleiche, weil die Nazis dann immer gewinnen.“ Wie siehst du das? Welche Wirkung hat der von verschiedenen Seiten ständig be-

mühte Vergleich mit dem Holocaust und der wiederholte Vorwurf des Genozids?

Ich denke, Omer Bartov spricht einen wichtigen Punkt an: Die zentrale Rolle des Holocaust in Diskursen über Menschenrechtsverletzungen legt die Messlatte so hoch, dass sie dazu dienen kann, alles zu entschuldigen, was nicht zu einem systematischen Völkermord führt. Umgekehrt birgt die ständige Wiederholung von Holocaust-Analogien und Genozidvorwürfen die Gefahr, dass sie an Kraft verlieren. Trotz dieser realen Risiken ist die Berufung auf den Holocaust nach wie vor ein Mittel, um Aufmerksamkeit zu erregen. Holocaust-Vergleiche sind so allgegenwärtig, dass wir eine „Ethik des Vergleichs“ brauchen. Wir müssen darüber nachdenken, wie Vergleiche angestellt werden und warum sie angestellt werden: Versuchen sie, Gewalt zu schüren oder Solidarität unter den Opfergruppen zu schaffen? Wenn es eine Rechtfertigung für Holocaust-Vergleiche gibt, dann ist es ihre bereits erwähnte Warnfunktion. Man könnte vielleicht sogar sagen, dass Solidarität den Vergleich voraussetzt. Denn sie beruht auf der Fähigkeit, Individuen und Gruppen mit unterschiedlichen Interessen zu verbinden, um eine tragfähige politische Kraft zu entwickeln.

Das Interview führte Ramona Lenz.



medico aktiv

Eine Ehre

medico mit Friedenspreis ausgezeichnet

„Das Kernanliegen des Kirchheimbolander Friedensstagepreises ist es, den unaufhebbaren Zusammenhang von Nachdenken und Handeln zu würdigen. Eben das ist DNA und Herz von medico.“ Diese Worte fand Pirmin Spiegel, Vorstandsvorsitzender von Misereor, Ende 2023 in seiner Laudatio im rheinland-pfälzischen Kirchheimbolanden. Der Anlass: Bei den gleichnamigen Friedenstagen wurde medico mit dem diesjährigen „Kirchheimbolander Friedensstagepreis“ ausgezeichnet. Ohne Zweifel eine Ehre, sind die Friedenstage doch seit ihrer Gründung 1975 – während der Hochphase des Kalten Krieges – eine überregional bedeutende Veranstaltungsreihe. Mit dem Preis werden Einzelpersonen, Initiativen oder Organisationen gewürdigt, die sich für eine friedlichere Welt engagieren. So schloss Pirmin Spiegel seine Laudatio auf medico mit den Worten: „Bleibt unverzichtbar kritisch solidarisch, dahin dass euer unverzichtbarer Einsatz verzichtbar wird.“



Das Logo der Kirchheimbolander Friedenstage

www.friedenstage.de



Feminismen und Krieg

Eine Veranstaltungsreihe der Goethe-Universität und medico

Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg: Darin waren sich internationale feministische Akteure stets einig, eine friedenspolitische Orientierung globaler Konsens. Doch dieser ist brüchig geworden. Das zeigte sich nicht zuletzt in den diversen Reaktionen auf die russische Invasion der Ukraine. Offenkundig wird es, wenn die Bundesregierung ihre weder friedliche noch feministische Außenpolitik als eben solche verbrämt. Was macht die allgegenwärtige Militarisierung mit den Feminismen dieser Welt? Und welche Antworten haben diese auf die großen Fragen nach Konflikttransformation und Friedenspolitik heute? Darum ging es in der Reihe „Feminismen in Zeiten des Krieges“. Organisiert von der Professur Globaler Süden am Fachbereich 3 der Goethe-Universität Frankfurt und medico, fanden Anfang des Jahres in Frankfurt drei Veranstaltungen statt: zu feministischer Außenpolitik in Kriegszeiten, zu dem Krieg in Gaza und zu jenem hierzulande weitgehend ausgeblendeten im Sudan. Die Mitschnitte können auf medicos Youtube-Kanal nachgeschaut werden.

www.medico.de/feminismen-und-krieg

No way out?

Podcast zu Nahost

Anfang des Jahres waren es einhundert Tage, die seit dem 7. Oktober vergangen waren. Das bedeutete auch: 100 Tage Krieg in Gaza. In der neuen Folge des medico-Podcasts Global Trouble, aufgezeichnet zu dieser Zeit, spricht Host Steen Thorsson mit der Politikwissenschaftlerin Muriel Asseburg, dem Journalisten Hanno Hauenstein und medicos Nahost-Referent Riad Othman über die Gesellschaft Israels nach dem 7. Oktober, die Schwäche der israelischen Linken, die katastrophale Lage in Gaza und die Strategie der Hamas. Die Anhörungen in Den Haag fanden ebenfalls in jenen Tagen statt, nachdem Südafrika beim Internationalen Gerichtshof einen Eilantrag eingereicht hatte. Auch darum geht es im Podcast, der auf allen gängigen Podcast-Seiten nachgehört werden kann – sowie auf der medico-Website, wo sich darüber hinaus ein Statement zum Verfahren in Den Haag und ein Interview mit dem Völkerrechtsexperten Andreas Schüller vom ECCHR in Berlin findet.

www.medico.de/podcast



Spenden & Stiften

In krisenhaften Zeiten braucht es Ihr Hinsehen, Ihr Verstehen und Ihre Zuwendung: medico und die Partnerorganisationen weltweit sind nicht ohne kritische Wegbegleiter:innen zu denken. Mit einer Spende, Fördermitgliedschaft oder Zustiftung können Sie unsere Arbeit solidarisch unterstützen. Vielen Dank!

Ausführliche Informationen finden Sie unter www.medico.de/spenden



Spende an „medico international“ – da, wo es am Nötigsten ist, oder mit einem themenbezogenen Spendenstichwort.

Spendenaktionen selber planen und im Freundeskreis sammeln oder **Spenden verschenken!**

Spendenquittungen stellen wir ab 50 Euro automatisch aus.

Zustiftungen & Darlehen für die medico-Stiftung – Ihr Geld solidarisch im Einsatz.

Umzug, Bankänderung, neue E-Mail-Adresse?
Online eintragen und mit medico in Kontakt bleiben:
www.medico.de/spendenservice



Spendenkonto medico international
IBAN DE69 4306 0967 1018 8350 02
BIC GENODEM1GLS



WERDEN SIE FÖRDERMITGLIED!

Ihre Fördermitgliedschaft ermöglicht es uns, mit unseren Partnerorganisationen weltweit langfristig und nachhaltig zusammenzuarbeiten. Sie können eine Fördermitgliedschaft auch verschenken.

www.medico.de/foemi



MIT MEDICO IN KONTAKT

Bei Fragen und Anregungen melden Sie sich gerne bei uns!

Vivien Kaplan & Mirjam Kuchinke

Zentrale und Kommunikation

Tel.: [069] 944 38-0, info@medico.de

Sandra Ludwig

Spendenaktionen und Kommunikation

Tel.: [069] 944 38-0, ludwig@medico.de

Dr. Anke Böttcher

Spendenverwaltung und Geldauflagen

Tel.: [069] 944 38-42

spendenverwaltung@medico.de

STIFTUNG/ TESTAMENTSSPENDEN

Gudrun Kortas

Tel.: [069] 944 38-28

kortas@medico.de



BESTELLEN & VERBREITEN

rundschreiben



Jahresbericht

Infolyer

und vieles mehr...

Bestellen Sie kostenlos das medico-rundschreiben sowie aktuelle Broschüren, Plakate und Flyer – gerne auch in größerer Stückzahl zum Auslegen und Verteilen.

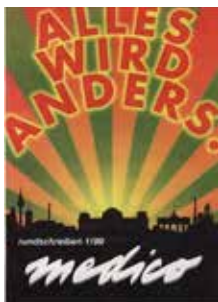
Auf unserer Webseite finden Sie alles zum Bestellen oder Herunterladen:

www.medico.de/material



VERBRENNT MONSANTO

Blick zurück: das rundschreiben 1/1999



Vor 25 Jahren ließ das erste rundschreiben des Jahres die Sonne strahlend hinter dem Reichstag aufgehen. Der Titel „Alles wird anders“ war kein Kommentar zur amtsfrischen Schröder-Fischer-Regierung. Vielmehr widmete sich die Redaktion – „ein neues Jahrtausend vor Augen, die traurige Lage des bedrohten Menschen im Sinn“ – einem weitaus gewaltigeren Schrecken, der heraufzuziehen begonnen hatte. Die Ausgabe formulierte Widerspruch zur „Revolution der gentechnologischen Artifizialisierung der Gattung“. Es ging um Biopolitik und die Optimierung von Mensch, Tier, Pflanze, kurz: des Lebens, unter kapitalistischem Verwertungsdruck. Die Beiträge (einer rundum männlichen Autorenschaft) analysierten eine Herrschaft von Normierung und Ausgrenzung, „die das Unberechenbare und Eigenartige entweder vernichtet oder in Genbanken auf Eis legt“. Und sie richteten den durch Projektarbeit geschärften Blick in die Welt: von Biopiraterie in indigenen Gemeinden bis zum Widerstand indischer Bauern gegen genmanipuliertes Saatgut: „Verbrennt Monsanto“, hieß es.

„Gesundheit, Geschlecht & Umwelt werden zentrale Themen der Politik“, kommentierte Chefredakteur Hans Branscheidt. „Die neuen Menschen aus dem Zucht-Haus erleben sich selber so wie heute schon Cher Bono: Jedes Jahr ein Jahr jünger! Herrlich-schöne Menschenkinder, einander immer ähnlicher. Sind aber alle identisch, funktioniert selbst der alte Rassismus nicht mehr. Stattdessen würden sich neue, ungeahnte und ungeheuerliche, durchweg verwissenschaftlichte Begründungen für rationalisiertes Ausgrenzen ergeben, die den traditionellen Rassefetischisten nicht zur Verfügung standen.“ Das war weitsichtig. Aber nicht einmal er hatte sich vorstellen können, wie intakt auch alte Rassismen 25 Jahre später noch sein werden.

PS: Die Rückseite enthielt eine große medico-Anfrage an Joseph Fischer zum „Krieg der NATO in Kurdistan“ und zum Schweigen der Bundesregierung über die türkischen Angriffe. Auch das, siehe Rojava, bitteraktuell.



Das rundschreiben erscheint seit 1982. Die vergangenen 25 Jahre lassen sich digital nachlesen: www.medico.de/rundschreiben-archiv

KONGRESS ARMUT UND GESUNDHEIT
MEDICO-FACHFORUM AM 06.03.2024
FU BERLIN, HENRY-FORD-BAU, AUDIMAX
13:15 - 14:45 UHR



DIE GLOBALE EPIDEMIE DER SÜSSGETRÄNKE – REGULIERUNG ABER WIE?

Gesundheit ist mehr als die Abwesenheit von Krankheit. Was das bedeutet, zeigt ein Blick auf die Ausbreitung nicht-übertragbarer Erkrankungen [NCDs], eine der Haupttodesursachen weltweit. Die Entscheidung was man isst, wird zumeist als individuelle Entscheidung betrachtet, die allein durch Aufklärung und Verhaltensänderungen beeinflusst werden kann.

Welche Bedeutung indes die aggressive Werbung der Industrie und hochverarbeitete Lebensmittel daran haben, dies möchten wir mit unseren Referentinnen **Rene Loewenson** vom Training and Research Center in Simbabwe und **Laura Michèle** von FIAN International diskutieren.
Moderation: **Anne Jung**, medico international, Frankfurt.



Anmeldung zum Kongress:
<https://2024.armut-und-gesundheit.de>
www.medico.de

„Der Frühling wird zurückkehren, und er wird eine wahre Jahreszeit des Neuen sein. Denn während der Faschismus immer derselbe ist, ist der Frühling der Freiheit immer neu, immer anders, immer voller Geschenke.“

Toni Negri



medico international

IN VERBINDUNG BLEIBEN!

Das medico-rundschreiben erscheint viermal im Jahr und kann kostenlos abonniert werden. Im medico-Blog mischen wir uns gemeinsam mit Partner:innen in Debatten ein. Unser Newsletter hält Sie auf dem Laufenden, über unseren Telegram-Kanal bekommen Sie Neuigkeiten direkt aufs Handy. „Global Trouble“ heißt unser Podcast und in den sozialen Medien finden Sie uns auf der Plattform Ihrer Wahl.

www.medico.de/verbinden

